

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartalsjahr. Zu begleben durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Käfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenstell: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedensstraße 2.

Inserate für die viergeschossige Partizipante oder deren Raum 60 Pf.
Vergnügungsangebote und Arbeitsvermittlungen 30 Pf.
Versammlungsangebote 15 Pf.

Bohlot und soziale Moral.

Der Deutsche Gastwirteverband, die größte und einflussreichste Organisation im deutschen Gastwirtschaftsverband, beschäftigte sich vor kurzem mit der Frage des Bohlots. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen wurde der Ansicht Ausdruck verliehen, daß der Kampf unter den verschiedenen Parteien eine größere Schärfe annehmen werde, als je zuvor, wodurch ohne Zweifel der Gastwirtestand sehr in Mitleidenschaft gezogen würde. Der Vorstand des Verbandes hat nun eine Erklärung losgelassen, dem wir folgende Sache entnehmen:

Der Gastwirt, der mit seinen, dem Dienst der Öffentlichkeit bereitgestellten Räumen von dem Parteibetriebe oftmaß sehr arg mitgenommen und geschüttelt wurde, soll sich freihalten von jeder parteipolitischen Tätigkeit und lediglich seine Räume als neutrale Böden für jedermann bereithalten. Da aber der oft zum Nationalismus ausartende Parteikampf es fertigbrachte, gerade Gastwirte, weil sie einer nicht genügenden Parteiversammlung ihre Räume ließen, zu bohlotieren, in Verzug zu erklären, weil sie sich strengster Neutralität den Parteien gegenüber befleißigen, fordern wir eingehende Mitteilung, wo von irgend einer Partei, gleich viel welcher Richtung, eine Zwangs- oder Gewaltpolitik über einen Gastwirt oder sein Geschäft verhängt werden sollte, da bei uns die feste Absicht besteht, mit allen gegebenen und gegeigneten Mitteln derartigen Treiben energisch entgegenzutreten.

Es wird sodann darauf hingewiesen, daß im Bürgerlichen Gesetzbuch ein § 828 enthalten ist, der da lautet: Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Erfas des Schadens verpflichtet", und daß das Reichsgericht einen Bohlot für unerlaubt erklärt hat, wenn er künftiglich des damit verfolgten Zwecks und der dabei angewandten Mittel gegen die guten Sitten verstößt. Die Erklärung schließt mit den Worten: "Ein Verstoß gegen die guten Sitten liegt aber zweifelsohne vor, wenn eine Aussöderung zum Bohlot den Zweck hat, den politischen Gegner für seine Stellungnahme zu strafen oder ihn zur Verleugnung seiner Überzeugung zu zwingen. Derartige Maßnahmen sind also unzulässig. Wir fordern daher unsere Mitglieder auf, uns jeden vor kommenden Fall unter eingehender Darstellung zur Anzeige zu bringen."

Der Standpunkt des Gastwirteverbandes erscheint uns als organisierten Proletariern durchaus berechtigt und wir haben ihn auch von Anfang an vertreten. Ein Gastwirt soll sich strengster Neutralität gegenüber allen Parteien befleißigen und einer jeden Partei seine Räume zur Verfügung stellen. Als Geschäftsmann soll ihm jeder Gast lieb und wer sein, der in seinem Lokale sein Geld verzieht und sich anständig benimmt. Alle Parteien, die sich an die Öffentlichkeit wenden, um Anhänger zu gewinnen, sind darauf angemessen, in öffentlichen Lokalen vor die Menschen hinzutreten und ihr Programm zu entrollen. Kein Mensch und keine Partei aber hat das Recht, mit Hilfe eines Wirtesbohlots anderer Parteien diese Möglichkeit zu nehmen. Es erscheint deshalb als ein großes Unrecht und als ein grober Verstoß gegen die guten Sitten, einen Gastwirt deshalb zu bohlotieren, weil er einer bestimmten Partei seine Räume an einer Zusammenkunft zur Verfügung gestellt hat. Die sozialistisch denkenden Arbeiter haben dies längst erkannt und es läßt sich kein einziges Beispiel anführen, daß Sozialdemokratie oder Gewerkschaften einen Wirt bohlotiert hätten, weil er auch gegnerischer Parteien sein Versammlungslokal zur Benutzung überlassen hat. Wir fordern auch den Wirt gegenüber kein Vorrecht oder gar das alleinige Recht auf sein Lokal, sondern wir verlangen lediglich das gleiche Recht wie alle anderen und wir wehren uns gegen jede Zurücksetzung.

Aber wie liegt die Sache umgekehrt? In Tausenden von Fällen ist es erwiesen, daß die Gegner der Arbeiterbewegung den Bohlot über einen Wirt verhängt haben, weil er sich als guter Geschäftsmann und anständiger Mensch auf den Boden der Neutralität stelle und auch den Arbeitern kein Lokal einräume. Die Staats- und Militärbördnen, die berusenen Güter des Rechts und der guten Sitten, sind mit bösem Beispiel vorangegangen, indem sie seit Jahrzehnten Wirtes in der schärfsten Weise schikanieren und bohlotiert haben, die Arbeiterversammlungen in ihrem Lokale duldeten. Das ist so bekannt und so häufig in der Presse und in den Parlamenten zur Sprache gebracht worden, daß wir darüber kein Wort mehr zu verlieren brauchen.

Die Behörden verstehen andauernd gegen das gleiche Recht der Staatsbürger und gegen die Gebote der sozialen Moral, und wenn sie sich auch hinter das angebliche Wohl des Staates verkriechen, so können sie durch diese faule Plausrede den Vorwurf, die Handlanger des Ausbeutertums und der Volksunterdrückung zu sein, keineswegs entkräften. Schon allein aus diesem Grunde ist es notwendig, den politischen Einfluß der Arbeiterklasse zu stärken, damit den Behörden endlich einmal Neutralität eingepaukt wird. Aber auch die Angehörigen der reaktionären Parteien sind gleich bei der Hand, die Buchtritte des Bohlots über einen Wirt zu schwingen, wenn er die Arbeiter als gleichberechtigte Staatsbürger betrachtet. Dort wo die Bassen und Junker, die Scharfschützen und Kapitalproben noch wirtschaftlichen Einfluß haben, ist es den Arbeitern vollständig unmöglich gemacht, ein Versammlungslokal zu bekommen. Wir haben in Deutschland Wahlkreise, in denen die Sozialdemokraten politisch obdachlos sind, während die Gewerkschaften sich in engen, beschränkten Räumen herumdrücken müssen. Das sind durchaus unhaltbare Zustände, die der sozialen Moral direkt ins Gesicht schlagen. Man bedenke nur: dieselben Leute, die ihre Produkte und Waren jedem Menschen ohne Auseinander der Parteihärtung zur Verfügung stellen — vorausgesetzt natürlich daß er bezahlen kann —, diese selben Leute, die mit Sozialdemokraten sehr gern Geschäfte machen, wenn sie daran verhindern können, wollen einen Wirt, der doch auch von dem Ertrag seines Geschäfts leben muß, daran hindern, sein Bier, seine Zigarren usw. einem politischen Gegner zu verkaufen. Das ist doch der Gipelpunkt des Terrorismus und der Höhepunkt einer frechen Unverschämtheit. Daß sich die deutschen Werte gegen eine solche Bande wehren wollen, kann man ihnen wahrlich nicht verdenken.

Für die organisierten Arbeiter liegt die Sache aber erst recht schlimm, weil ihre Gegner nicht erst abwarten, bis ein Wirt den Arbeitern seinen Saal überlässt, sondern weil sie ihn schon vorher durch die Drohung, sie würden ihm ihre Kundenschaft entziehen, zu einer Saalverweigerung zwingen. In sehr vielen Fällen hat diese Androhung des Bohlots Erfolg, und manch ein Wirt, der gern sein Lokal für Arbeiterversammlungen hergeben möchte, läßt sich einschütern und verweigert es. Das können sich die Arbeiter natürlich nicht gefallen lassen: es ist eine Lebensfrage für sie, durch Versammlungen ihre Gedanken und Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen und darum greifen sie zur Waffe des Bohlots, um sich Lokale zu erklämpfen. Sie handeln also in berechtigter Notwehr und ihre Handlungsweise entspricht der Sozialmoral in diesen wie in allen anderen Fällen, wo sie den Bohlot anwenden. Sie müßten ja erbärmliche Feiglinge und ehrlose Menschen sein, vom proletarischen Selbstbewußtsein ganz zu schweigen, wenn sie einem Wirt auch nur einen Pfennig ins Haus tragen wollten, der sie als Staatsbürger zweiter Klasse betrachtet und sie an der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte hindern will. Ebenso wie es eine verächtliche Handlungsweise wäre, wollten sie einem Unternehmer ihre Kundenschaft zuwenden, der seinen Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthält und ihnen dadurch den Kampf um eine bessere Lebenshaltung unmöglich macht.

Leider wird der Lokalbohlot seitens der Arbeiter oft viel zu wenig ernst genommen. Muß es nicht recht bedeckt stimmen, wenn jetzt berichtet wird, daß eine Frankfurter Gewerkschaft bei einem Himmelfahrtsausfluge nach dem Taunus dort ausgeführt zwei gesperrte Lokale zu ihren Ruhepausen vorsah? Glücklicherweise sind ja derart krasse Fälle Ausnahmen.

Wenn man die Sache unparteiisch betrachtet, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß der von den Behörden und den reaktionären Parteien verhängte Bohlot der Ausdruck einer unmoralischen Gesinnung ist, daß er unsittliche Zwecke verfolgt, und daß er Mittel anwendet, die gegen die guten Sitten verstößen. Dagegen ist der von den Arbeitern im Zustande der Notwehr verhängte Bohlot geradezu eine Forderung der sozialen Moral, weil er dazu dienen soll, der politischen Entrichtung, der sozialen Zurücksetzung und der wirtschaftlichen Unterdrückung ein Ende zu machen oder wenigstens Schranken zu setzen. Auch hier zeigt sich wieder die doppelte Moral in Reinheit: die kapitalistische Moral als die Dienerin selbstsüchtiger Triebe und volksfeindlicher Interessen, die proletarische Moral als die Geburshelferin einer neuen kulturell hochstehenden Menschheit. Da kann natürlich die Wahl zwischen diesen beiden Moralen nicht schwer sein.

Allordtarife.

Die Antimilität weiter Kollegenkreise gegen die Allordarbeit schwundet immer mehr, weil man einsieht, daß die Intensität der Arbeit bei Lohn und Allord in der Regel einen Unterschied nicht mehr aufweist, und weil heute der Allordpreis mehr oder minder unter Mitwirkung oder Kontrolle des Verbandes festgelegt und demzufolge in einer bestimmten Höhe garantiert wird. Bei der heutigen scharfen Konkurrenz im Holzgewerbe ist es verständlich, daß der Unternehmer den Herstellungspreis für ein Stück Arbeit steil genug kalkuliert muß, wenn er den Auftrag erhalten will. In vielen Fällen wird aber der Preis für die Arbeit so niedrig gestellt, daß eine gute und gebiegte Arbeit hierfür nicht mehr geliefert werden kann; ja, daß die Arbeit für den veranschlagten Satz überhaupt nicht zu liefern ist. Und wir haben eine ganze Zahl Betriebe in Deutschland, die sich fast bei jeder Submission "vertallieren" und die dann versuchen, aus den Knochen der Arbeiter den sonst entzündenden Gewinn herauszuschlagen. In dieser Sorte Betriebe wollen nun die Inhaber in der Regel von Allordarbeit nichts wissen, sondern "schicken" die Lohnarbeit besonders. Durch ein raffiniertes Anstreben verstecken sie es, die Kollegen zur Anspannung aller Kräfte zu veranlassen, und ist es üblich, zu erläutern, "die Arbeit muß in soundsoviel Stunden fertig sein", und wenn dann jemand länger daran arbeitet, darf er sicher sein, am Bahntage seine Invalidenlasse zu erhalten. Wenn dann diese Unternehmer noch verstehen, die Stundenlöhne möglichst niedrig zu halten, dann bilden sie für diejenigen Geschäfte, welche auf anständige Preise und Behandlung ihrer Arbeiter sehen, eine fast unerträgliche Konkurrenz. Nach dieser Art "Lohnarbeit" verbüren unsere Kollegen naturgemäß keine Sehnsucht, und die Fälle mehren sich, wo man die Durchführung der Allordarbeit fordert, natürlich nur fordert auf Grund der Bedingungen, die hierfür mit den Unternehmern resp. deren Organisation seitens unserer Organisation vereinbart wurden. Man verlangt die Durchführung der Allordarbeit, weil der Ausbeutung der Arbeiter durch besonders raffinierte Unternehmer schärfere Schranken gezogen werden können, weil genauer umschrieben werden kann, welches Quantum Arbeit für einen bestimmten Preis geliefert werden soll, weil der Preis für die Arbeit genauer bestimmt werden kann.

In unseren Tarifverträgen bemühen wir uns, möglichst genau zu umschreiben, welcher Lohn einem Arbeiter bei einer bestimmten Leistung gewährt werden muß. Wir sagen: einem Durchschnitts- oder normalen Arbeiter soll ein Lohn in der und der Höhe bezahlt werden. In vielen Verträgen sind Mindestlöhne festgelegt und in einigen finden wir Einheitslöhne. Wir könnten aber immer noch keine Fassung finden, nach welcher der jedem Arbeiter zu stehende Lohn zweifelsfrei ermittelt werden kann, nach welcher jede Übervorteilung der Kollegen ausgeschlossen ist. In einigen Orten hat man durch Schaffung von sogenannten Leistungstarifen versucht, ein Maß zu finden, nach dem die Arbeitskraft des einzelnen bewertet werden sollte. Es geschah, das in der Weise, daß für eine Anzahl gängiger Artikel Preise festgelegt wurden, zu denen die Arbeiten von den neueingestellten Kollegen anzufertigen waren, und nach dem erzielten Verdienst wurde dann der zu zahlende Stundenlohn bemessen. Nach dem Urteil der Kollegen in den in Frage kommenden Städten haben sich diese Leistungstarife nicht bewährt, weil die Unternehmer bei der Auswahl des Materials, der Lieferung desselben usw. allerlei Kunststöße machten, die eine sichere Beurteilung der Leistungsfähigkeit des einzelnen nicht garantieren. Es ist ja eine alte Klage unserer Kollegen, daß die Unternehmer durch allerlei Machinationen versuchen, die Arbeiter mit einem niedrigeren als ihnen vertraglich zustehenden Lohn abzuspielen. Doch dürfen wir sagen, daß auch in dieser Richtung eine Besserung sich bemerkbar macht in allen den Orten, wo unsere Organisation bestmöglich ausgebaut ist, daß sie nicht allein eine genügende Kontrolle ausüben kann, sondern auch gegebenenfalls korrigierend einzutreten in der Lage ist. Wenn dann der einzelne Kollege noch genügend Rückgrat zeigt, unberechtigte Zumütlungen zurückzuweisen, so bleibt die Übervorteilung auf ein geringes Maß beschränkt. Über die genaue Bewertung der Arbeitskraft des einzelnen ist damit trotzdem noch nicht in allen Fällen gewährleistet, und vor allen Dingen ist damit noch immer nicht die Sicherung geschaffen, daß der eine Unternehmer für das gleiche Quantum geleisteter Arbeit denselben Preis bezahlt wie der andere. Daran haben aber unsere Kollegen ein sehr großes Interesse, ich möchte sagen, ein fast ebenso großes Interesse wie die Unternehmer selbst.

b. b. diejenigen Unternehmer, denen es nicht daran liegt,

Schuhblonskurrenz zu treiben. Dieses zu erreichen, haben sich unsere Kollegen in einer ganzen Anzahl Städte durch Schaffung von Volltarifarissen bemüht, die für den ganzen Ort Geltung haben. Gleich wie bei unseren Tarifverträgen haben sich dieselben aus den primitivsten Anfängen zu teilweise recht spezialisierten und komplizierten, umfangreichen Arbeiten herausgebildet, und zwar aus dem Bestreben heraus, bei der Ermittlung des Preises für die einzelne Arbeit jeden Streit von vornherein auszuschließen. Die meisten Tarife bestehen wohl für Tischlerarbeiten, und die am meisten spezialisierten dürften diejenigen für Leipzig, Berlin, Hamburg und Dresden sein. Alle vier weisen Hunderte von Positionen auf. Am zuverlässigsten für die Berechnung scheint mir derjenige für Dresden zu sein, der allein die Preise für Anfertigung von Fenstern der verschiedenen Art in 429 Positionen gliedert, und der „Tarif für eingehende Tischlerarbeiten“ in Berlin und Umgegend“, der in 281 Positionen die Entlohnung für die zu leistende Arbeit regelt.

Der Dresdener Tarif legt die Preise für Handarbeit fest. Darüber hinaus ist bestimmt:

„Wird das Holz geschüttet und gehobelt an die Bank geliefert, so beträgt der Preis bei Tarifarbeiten 80 Proz., bei gut ausgeführter Maschinenarbeit bis zum Zusammenstecken 55 Proz. des Altkordpreises. Beträgt das Zuschniden bei tarifmässiger Altkordarbeit mehr als 8 Proz. der Holzarbeit des Altkordes, so ist die mehrverwendete Zeit in Stundenlohn zu bezahlen. Für zugeschnittenes Holz ist ein Abzug unzulässig.

Bei einzelnen Arbeiten, die im Tarif enthalten sind, wo der Aufordpreis weniger als 15 Mtl. beträgt, erfolgt ein Aufschlag von 10 Prozent.

Für eigenes Werkzeug erfolgt ein Buschlag von 5 Prog.
Jeder Gehilfe hat seine Fenster selbst anzuschlagen.

Der Hamburger Mifordtarif steht in der ersten Rubrik Preise „für Handarbeit“ und in der weiteren „für

Vorstehender Tarif gilt für normale gangbare Arbeiten; alle nicht benannten Arbeiten unterliegen der freien Vereinbarung.

Die Preise dieses Tarifes gelten bei Handarbeit für
Zuschneiden usw. bis zur usancenmäßigen Fertigstellung.
Bei Maschinenarbeit sind die Preise so zu verstehen, daß
Zuschneiden, Bureifchen, Absehen und Bogenzusammen-
setzen nicht mit einbegriffen sind und das Holz allseitig
fertig bearbeitet an die Bant geliefert wird.

Für die Treppentischler sind bei Maschinenarbeit
keine Preise angegeben, vielmehr unterliegt diese einer
jedemaligen Vereinbarung."

Diese Akkordtarife sind, soweit ich übersche, neben den Leipziger und Berliner die spezialisiertesten. Trotzdem kommen sehr häufig, abgesehen von Ausnahmearbeiten, solche vor, deren Preis sich ohne weiteres aus dem Akkordtarif nicht feststellen lässt. Eine Verbesserung ist also sehr wohl möglich, vielleicht auch ein vollständig neuer Aufbau. In einer genauen präzisen Umschreibung der einzelnen auszuführenden Arbeiten und der Stipulierung des Preises hierfür, wobei jeder Streit von vornherein, soweit dieses überhaupt möglich, ausgeschlossen ist, daran haben wir für die Zukunft ein großes Interesse, und zwar weil der mit dem "Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe" vereinbarte Mustervertrag den Passus enthält:

Ein Blick ins Erzgebirge.

Von Theodor Leipart.

Es war zwar nur eine kurze Reise, eigentlich nur ein flüchtiger Blick in das Erzgebirge, aber ich möchte trotzdem darüber einiges sagen. Vor zwei Jahren hatte ich bereits einmal den westlichen, zum Leipziger Gau gehörenden Teil unseres Gebirgszählstellen besucht, diesmal aber galt die vom Dresdener Gauvorstand vorbereitete Reise den Zahlstellen im Herzen des Gebirgslandes, im Flöhatal.

Bon Stuttgart kommend, wo ich unsezen neuen Gauvorsteher Gottfried in sein Amt einzuführen hatte, besuchte ich zunächst nochmals die Zahlstellen Schönheide und Klingenthal. Unser in diesem Bezirk stationierter Lokalbeamter Nestrovitz war im Begriff, nach seinem neuen Wirkungskreis in Eilenburg überzusiedeln, während der an seiner Stelle neu gewählte Kollege Scheffler den Posten soeben übernommen hatte. Da gab es deswegen mancherlei zu besprechen.

Mein erstes Weisziel im Dresdener Gau war
Eppendorf. Hier werden in der Hauptzache Puppen-
modell und sonstige Spielzachen fabriziert, aber nicht etwa
als Haushaltsspielzeug, sondern in großen Fabriken. Trotzdem
gibt es auch hier viel Heimarbeit, die Männer arbeiten in
der Fabrik und die Frauen daheim in der Wohnung. Ich
bin in mehreren Wohnungen gewesen und habe die Frauen
und Kinder bei der Arbeit gesehen, die ihnen trotz allen
Fleisches nur eine Einnahme von 3 bis 5 M. die Woche
bringt. Auch der Verdienst der Männer ist ähnlich gering,
der Stundenlohn schwankt zwischen 23 und 28 Pf. Die
gleichen Angaben über die Löhne erhielt ich übrigens in
allen anderen Orten auch. Die Versammlung war von
189 Kollegen besucht, darunter eine ziemliche Anzahl recht
jugendlicher. Das kommt daher, weil hier und im Erz-
gebirge fast allgemein jeder der Schule Entwachsenen ohne
weiteres Spielwarenarbeiter oder sonstiger Holzarbeiter
wird. Im Alter von 14 Jahren beginnt also schon die
Fabrikarbeit, und — was das Schlimmste ist — auch zu-
meist gleich die Affordarbeit. Die Folge ist, daß der erz-
gebirgische Arbeiter auch soviel früher ausgelebt hat, wenn
man die ununterbrochene freudlose Arbeitskron überhaupt
als Leben, wie es dem Menschen zukommt, bezeichnet will.
Kollegen in höherem Lebensalter, das heißt mit 50 und

Auf Verlangen des Arbeitgebers oder der Arbeiter sind alle Arbeiten, für welche der Preis tariflich festgelegt ist, in Alford auszuführen.“ und weil die Verbandsvorstände, auf Verlangen unserer Kollegen in einer Anzahl Städte, entschieden haben, daß Arbeiten, für welche ein Alfordtarif besteht, auch in Alford auszuführen sind.

Mun liegt es aber so, daß Mängel im Altkordtarif sich erst in der Praxis herausstellen, und daß erst die Erfahrung lehrt, wie der zweckmässigste Aufbau solcher vor sich gehen muß, wenn eine Schädigung unserer Kollegen vermieden werden und die Schuhkonkurrenz unterbunden werden soll. Es muß darum gefordert werden, daß die Kollegen derjenigen Städte, welche auf diesem Gebiete langjährige Erfahrungen hinter sich haben, egatle Arbeiten liefern, an welche sich die Kollegen der übrigen Orte anschauen können.

Vertrauensleute ernannt werden, welche die Mitgliedskarten der dort Arbeitenden zu revidieren und rücksichtige Mitglieder der Sektion zu melden haben. Einige Sektionen haben auch besondere Einklassierer, die zugleich die gezahlten Beiträge in die Bücher und Mitgliedskarten eingutragen haben.

Betriebsbesprechungen finden in den gut organisierten Betrieben allmonatlich zur Revision der Mitgliedsarten und zur Erörterung von Angelegenheiten des Betriebes statt. Neueintretende werden am Tage des Eintritts aus ihrer Organisationszugehörigkeit hin kontrolliert, falls sie nicht organisiert sind, wird Ihnen eine Bedenktzeit von acht Tagen gelassen, während welcher Sie sich über den Eintritt oder Nichteintritt in den Verband entscheiden müssen. Wenn der Betreffende nicht bestreiten will, beruft der Vertrauensmann des Betriebes eine außerordentliche Betriebsbesprechung ein, doch genügt dies zumeist, um den Neueingetretenen zu veranlassen, dem Verbande beizutreten oder den Betrieb zu verlassen. In großen Betrieben ist dieses Verfahren verhältnismäßig leicht, doch sind in kleinen Betrieben schon viele Kämpfe infolge der Einstellung Nichtorganisierter entstanden.

Englische Gewerkschaftsmethoden.

11

Bei Streiks und Aussperrungen erhalten unsere Mitglieder, höchstens auf die Dauer von sechs Wochen, eine Unterstützung im Betrage von 18 bis 21 Schilling pro Woche, je nach ihrer Beitragsklasse. Nach Beendigung dieser sechs Wochen muß vom Centralvorstande die Genehmigung zur Fortführung der nicht beendeten Bewegung nachgesucht werden. Der Centralvorstand kann diese Genehmigung für weitere sechs Wochen gewähren. Sollte auch nach dieser Zeit der Kampf nicht entschieden, aber begründete Hoffnung für einen schließlichen Erfolg vorhanden sein, so entscheidet eine Abstimmung aller Mitglieder über die Fortführung oder Aufhebung des Kampfes. Gewöhnlich wird in solchen Fällen die Weiterführung des Kampfes beschlossen, wobei dem Centralvorstand meist das Recht eingeräumt wird, den Zeitpunkt der Beendigung der Bewegung festzusezen.

Unser längster Kampf war die Russperrung in Schottland im Jahre 1898, die 42 Wochen dauerte, doch ist es im übrigen selten, daß ein gewerkschaftlicher Kampf länger wie 18 oder 20 Wochen in Anspruch nimmt.

Bei Streiks und Aussperrungen haben wir für die Dauer von mindestens 12 Wochen Unrecht auf eine Unterstützung von der General Federation of Trade Unions, der englischen gewerkschaftlichen Landeszentrale, der wir angeschlossen sind, im Betrage von 5 Schilling pro Woche und pro Beteiligten. Wir zahlen an diese Zentrale, direkt von unserer Hauptrasse, einen Vierteljahrsbeitrag von 4 Pence pro Mitglied, und zwar ist dieser Beitrag für 90 Proz. der nominellen Mitgliederzahl, abzüglich der Lehrlinge und Pensionsberechtigten, berechnet. In wichtigen Fällen wird dieser Streikzuschuß auch länger röte für 12 Wochen gewährt.

Einige unserer Gewerfschaften gewähren auch schon Alterspensionen, die zwischen 5 bis 10 Schilling wöchentlich schwanken, doch ist dieser Unterstützungs Zweig eine rasch wachsende Last, zumal auch die dadurch bedingten sehr hohen Beiträge die Agitation erschweren. Die Möbelarbeitervereinigung hat sich nie für diese Altersrenten erwärmen können, und jene Gewerfschaften, welche diesen Unterstützungs Zweig eingeführt haben, würden ihr zumeist gerne wieder los sein.

In allen größeren Städten, wo mehrere Sektionen unseres Verbandes bestehen, bilden wir sogenannte Kartellvorstände, die sich aus den Vertretern dieser Sektionen zusammensetzen. Dieser gemeinsame Vorstand hat alle Fragen allgemeiner Art zu erledigen. Dazu gehört zum Beispiel das Herantreten an die Unternehmer des betreffenden Ortes wegen Lohnherhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Abwehr von Verschlechterungen usw. Auch hat derselbe dafür Sorge zu tragen, daß in allen Betrieben

halten wurde. Die Kollegen fanden nach Schluss der Versammlung bei Gesang und Bier in eine recht fröhliche Stimmung und einigten sich in später Nachstunde, einen Gesangverein zu gründen. Hoffentlich beeinträchtigt diese Gründung nicht den vorher auf meinen Vorschlag gefassten Beschluß, nämlich fortab mindestens jeden Monat einmal eine Verbandsversammlung abzuhalten, wogegen von mehreren Kollegen eingewendet worden war, daß das Ge- zu knapp sei um so häufig (gwölfmal im Jahr!) in die Versammlung zu kommen.

Am nächsten Tag sprach ich in Langenau und am gleichen Abend auch noch in Brand. Das war für eine Abend zuviel, und zwar weil von der einen Versammlung zur andern auch noch eine $1\frac{1}{2}$ stündige Wegstrecke zurückzulegen war. In Langenau waren unter 48 Anwesenden eine größere Anzahl unorganisierter Kollegen, welche aber der Aufruf zum Beitritt entgegenhielten, daß bei ihrem Durchschnittsverdienst von circa 18 Ml. die Höhe des örtlichen Verbandsbeitrag von 70 Pf. zu hoch sei; es wurde deswegen für die Arbeiter der Holzwarenfabrik am Orte eine Ermäßigung des Beitrags vorgeschlagen. In Brand waren von den in der dortigen Stuhlfabrik beschäftigten 100 Kollegen nur 55 in der Versammlung erschienen. Ich selbst traf reichlich verspätet und ziemlich abgehetzt von Langenau ein, so daß die Kollegen in Brand nicht ganz auf ihre Rednung gefaßt waren.

Um so befriedigender war am folgenden Abend bis vor
120 Kollegen besuchte Versammlung in C e u b s h o r.
Hier werden in 11 Fabrikten zu meist Rüchengeräte her-
gestellt. Die Kollegen haben schon vor vier Jahren d.
64. bis 65stündige Arbeitszeit um drei Stunden verkürzt
und befinden sich gegenwärtig in der Hälfte der Betriebe
im Streit, um wieder eine kleine Verbesserung der Lohn-
und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Der Vorsitzende der
Fabrikantenvereinigung äußerte mir allerdings bei einer
zufälligen Zusammentreffen im Eisenbahnwagen seine A-
nsicht dahin, daß der Streit nur zur Vorbereitung der for-
menden Reichstagswahl inszeniert sei! Als ob wir
blöde wären, immer fünf Jahre bis zur jeweiligen Reichs-
tagswahl mit unseren Lohnforderungen zu warten.
Ich habe dem Herrn dringend empfohlen, unsere "Holzarbeiter-
Zeitung" zu abonnieren und sich daraus zu überzeugen,
daß die Holzarbeiter in allen Teilen des Reiches das ein-

Warnung vor Zugang!

Zugang ist fernzuhalten von:

Möbelstilern und Holzarbeitern nach Wad-
dington (Wobendank), Altona w d d i n g e n
(Bureaumöbelfabrik), Auen i. Westf. (Steich-
wald), Lue i. Erzgeb., Bonn (Pianofabrik Küh-
ling), Crivitz, Danzig (Schuhauwerft), Det-
inold (Phoenix Möbelfabrik Gebr. Braun), Diep-
holz, Wad Dürkheim, Elberfeld-Bar-
men (Webstuhlschreiner), Fiddichow (Gaber-
land), Finsterwalde (Weise), Forst i. L.
Fulda, Hamburg, Hennigsdorf in der
Mark, Kamenz, Kaufbeuren, Kelheim
i. Tannus, Leubsdorf i. S., Viegnitz,
Münster i. W. (Glade, Averbeck), Nalepa, v.
Nehe, Neuenburg i. Oldenb., Neustadt i.
Weser, Oderberg i. M. (Möbelfabrik Tel-
cher), Oranienburg, Osnabrück (Kawie),
Barthim, Basewall, Schlawe i. Pomm.
(Max Heinig), Schweinfurt, Singen (Amt
Konstanz), Weissenstadt, Wolfsbüttel,
Wolkenstein i. Erzg., Worms, Bülichau
(Augustmöbelfabrik Werdermann), Vogeln i. Th.,
Lüneburg i. Schweiz, Dänemark, Paris.
Klaviermätern nach Gera, N. j. L. (Späthe), Osnar-
beck (Kawie).

Möbelstilern nach Essen-Kray (Westdeutsches Eisen-
werk), Bützow i. Schlesien (Schneller).
Kartelllegern nach Hamburg-Altona.
Kurbachern nach Wulsdorf, Helsingborg in
Schweden.
Knopfmachern nach Frankenhäusen.
Sindarbeiter nach Hamburg, Wald i. Mhd. (Karl
Breithaupt).
Dreßlern und Polsterern nach Reinhardtsdorf i. Holstein,
Walterhausen i. Th. (Pfeiffenfabrik Thome),
Büllighausen (Werdermann).
Stuhlbauern, Dreßlern, Polsterern und Maschinendarbeitern
nach Rabenau, Groß und Kleinölsa.
Silberrahmenmachern nach Berlin (Hans Götz).
Koffermachern nach Berlin.
Sägern und Holzarbeitern nach Weissenstadt.

Stimmenverhältnis bei der Abstimmung über den Stand
der Organisation in den verschiedenen Betrieben, über die
Lage des Arbeitsmarktes in dem betreffenden Bezirk im
allgemeinen, wie über manche anderen Einzelheiten, so weit
diejenigen für den Centralvorstand von Bedeutung seien
sollten, dem der Generalsekretär die ganze Angelegenheit
vorlegen müßt. Der Centralvorstand seinerseits unter-
breitet sie der Gesamtmitgliedschaft mit der Weisung, in
den Sektionsversammlungen darüber eine Abstimmung
vorzunehmen, zu lassen und das Abstimmungsverhältnis
späterens bis Schluss des Monats einzufinden.

In einzelnen Fällen tritt der Centralvorstand auch
direkt an die Unternehmer heran, und zwar, wenn sie
organisiert sind, durch deren Verbandssekretär, so daß
dieser eine gemeinschaftliche Konferenz zur Gültigen
Erledigung der schwebenden Angelegenheit stattfindet.
In anderen Fällen werden die Unternehmer einzeln auf-
gezählt oder aber es wird schriftlich an sie herangetreten.
Eine vorherige Genehmigung des Centralvorstandes wird
leider keine Bewegung gestaltet, bzw. anerkannt. Wir be-
trachten diese Bestimmung als ganz besonders wichtig.
Deshalb enden auch nur wenige Bewegungen mit einem
Mißerfolg, weil sie gut vorbereitet sind und stets der ge-
eignete Zeitpunkt gewählt wird. Blödsame und unüber-
legte Handlungen seitens der Mitglieder kommen nur
selten vor. Die Aussichten auf Erfolg hängen ja auch

Jahr zu thren Lohnbewegungen auszuhüben und dabei auf
den Zeitpunkt einer Wahl absolut keine Rücksicht nehmen;
einzig und allein um die Erfüllung ihrer eingereichten
Forderungen ist es ihnen zu tun.

Mit nur geringen Hoffnungen fuhr ich anderen Tages
nach Marienberg. Denn hier ist unsere Organisation,
im Gegensatz zu allen übrigen Orten, bisher immer noch
außerordentlich schwach geblieben. Nicht einmal die Meu-
glerde, den Verbandsvorständen einmal zu sehen, hatte
eine größere Zahl von Kollegen in die Versammlung ge-
fügt; obwohl unter den Anwesenden noch einige aus der
zum Leipziger Bau gehörigen Zählstelle Wolkenstein
sich befanden, hatten wir doch alle an einem Tische ge-
nügend Platz. Dabei sind in dem Bezirk der Zählstelle
Marienberg an 600 Holzarbeiter beschäftigt, teils als
Spielwarenarbeiter, teils in einer Würstenbäckerei und
in anderen Holzwarenfabriken. Auch photographische Appa-
rate werden angefertigt. Die kleine Zahl unserer Ver-
bandskollegen will aber den Mut nicht haben lassen und in
nächster Zeit eine besonders eifige Werbaktivität ent-
falten. Unzufriedenheit liegt für die hiesigen
Holzarbeiter mindestens ebensoviel vor als anderswo, und
da die Fabrikanten sich häufen werden, ihre Wünsche und
Forderungen aus freien Stücken gutwillig zu erfüllen, so
wird der Tag auch sicher nicht mehr fern sein, an dem
endlich auch in Marienberg die Organisation, als einziges
sicheres Mittel zur Besserung durch zahlreichen Beitrag der
Kollegen aus allen Fabriken stark und leistungsfähig ge-
worden sein wird. Das Beispiel der Kollegen in Olbernhau,
in Leibnitz, in Eppendorf, in Neuhausen sollte die Kol-
legen in Marienberg schon in allernächster Zeit zur Nach-
folge ermuntern.

In Neuhausen dominiert die Stuhlfabrik, trotzdem sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen nur wenig
günstiger als anderwärts in den Spielwaren- und sonstigen
Holzwarenfabriken. Überall muss eben der Verband nach-
helfen, im ganzen Erzgebirge harren der Organisation
noch viele Aufgaben. Die Versammlung war hier von
125 Kollegen besucht und hatte einen recht anregenden
Verlauf.

Mittels Funktion erreichte ich alsdann Dieulich-
neudorf. Es ist erstaunlich, in welch gottverlassenen

wesentlich von dem Grade der Disziplin der Gewerkschafts-
mitglieder ab.

Zu den ersten Jahren unserer Bewegung, als die
Unternehmer noch nicht organisiert waren, fanden solche
plötzlichen Streiks öfter vor und sie waren manchmal ziem-
lich erfolgreich, doch ist diese Art der Kriegsführung heute
völlig verschwunden; sie würde auch nur zu Katastrophen
für die Beteiligten führen können.

Soziales.

Aus dem Reichstage.

Die Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstages
haben es eilig mit ihrer Gesetzmacherei. Sie wissen nicht,
ob sie sich nach den Neuwahlen im gleichen trauten Verein
wieder zusammenfinden werden. In Erinnerung ihrer
Sünden bei der Tabak-, der Bündholz-, der Gewerkschafts-
steuerregelung und vieler anderer mehr fürchten sie mit
Recht, daß dies nicht der Fall sein dürfte. Und so suchen
sie denn unter Dach und Fach zu bringen, was nur mög-
lich ist. Die Sitzungen werden endlos ausgedehnt, wenn
nicht einmal die Feststellung der Beschlussfähigkeit ihnen
ein unnatürliches Ende bereitet. Gewidrige Anträge
werden fast debattiert, niedergestimmt, wenn sie von Seite
der Arbeitervertreter kommen. So ist denn auch das große
Werk der Reichsversicherung ordnung mit
seinen über 1700 Paragraphen in knappen drei Wochen
durchgepeitscht worden. Dabei wurde das Gesetz weder
verwaltungstechnisch noch inhaltlich besser. Hatte schon die
Kommission die Arbeiterrichtlinie nach Möglichkeit beschränkt,
so stimmten die Mehrheitsparteien Verschlechterungs-
anträgen gern und fast wortlos zu. Man ließ die Sozial-
demokraten ihre Verbesserungsanträge begründen und
stimmte dagegen: Wohlentlastt, wie ein Abgeordneter dieses
Vorhaben bezeichnete. Sie und da votierten auch die
Freisinnigen, vereinzelt auch die Bölen mit den sozial-
demokratischen Abgeordneten. Daß Konservative und
Nationalliberale als Vertreter von Großgrundbesitz und
Großindustrie gegen jedes Arbeiterrichtlinie stimmten, darf
ja nicht Wunder nehmen, daß diese Parteien aber am
Zentrum einen ständigen Gefährten fanden, läßt dessen
vielgerühmte "Arbeiterfreundlichkeit" in rechtem Lichte
erscheinen.

Nach den Beschlüssen zweiter Lesung bleibt es dabei, daß
die Arbeiter wohl zwei Drittel der Beiträge zahlen dürfen, in
wichtigen Fragen aber nur halbe Rechte haben. Bei den
Ortskrankenklassen müssen bei der Auswahl der Angestellten
Arbeitgeber und Arbeitnehmer übereinstimmende Be-
schlüsse fassen, andernfalls bestimmt die vorgesetzte Be-
hörde diese Personen. bisher genügte der Mehrheits-
beschluß des Kassenvorstandes, in dem die Arbeiter ent-
sprechend ihrer Beitragsleistung vertreten waren. In den
Landkreiskrankenassen haben die Arbeiter überhaupt nichts
in der Leitung zu sagen, angeblich, weil ihnen Zeit und
Verständnis mangelt. Den Unternehmern bleiben ihre
berichteten Kreiskrankenklassen erhalten, ebenso die
Innungsklassen.

Bei der Invalidenversicherung fiel ein Antrag der
Sozialdemokraten, nun endlich die Grenze für den Bezug
der Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen, unter
der Mehrheitsguillotine. Gegen diesen Antrag, den kurz
nach den Februarwahlen 1907 selbst die Konservativen
und Kreiskonservativen gestellt hatten, stimmen jetzt nicht
nur diese, sondern auch das Zentrum und zwar geschlossen.
Selbst die sogenannten Arbeitervertreter im Zentrum, die
Herren Peder-Arensberg, Fleischer, Giesberts, Pieper,

Winseln überall im Gebirge die Holzindustrie sich aus-
dehnt. Ihre Betriebe sind in jedem Dorfe fast so zahlreich
wie die Restaurants in Berlin. In Deutschneudorf ist die
Fabrikation von Federlasten vorherrschend. Nachdem der
Verband etwas gefrägt war, sahen die Kollegen eines
Betriebes die Verkürzung der Arbeitszeit auf 80 Stunden
durch. Das veranlaßte die übrigen Fabrikanten, die Ar-
beitszeit in ihren Betrieben "freiwillig" von 65 auch auf
80 Stunden herabzusetzen, womit sie ihren Arbeitern vor-
machen wollten, daß sie den Verband nicht brauchten. Zum
Glück sind unsere Kollegen nicht so leichtgläubig und lassen
sich nicht mit solchen Redensarten zufriedenstellen. Es sind
doch mancherlei andere Wünsche, welche die Fabrikanten
schwerlich auch ebenso "freiwillig" erfüllen werden, sondern
deren Durchführung eine geflossene Organisation aller
beschäftigten Holzarbeiter erfordert wird. Die Versammlung
war von 70 Mann besucht, es hätten mehr sein sollen.

Dann kam der letzte Tag meiner Reise, wieder ein
Sonntag. Vormittags war ich mit 82 Kollegen in
Motzenthal zusammen. Die Verhältnisse und auch die
Fabrikation gleichen denen von Deutschneudorf. Solche
Orte wollen sich deswegen in der Haussagitation gegen-
seitig unterstützen. Die Versammlung in Olbernhau
am Nachmittag brachte eine Enttäuschung: von 700 Mit-
gliedern hatten sich nur 110 bereitgefunden, den allerdings
recht schönen Sonntagnachmittag der Versammlung zu
opfern. Trotzdem war die Versammlung eine Freude für
mich, insowein die Kollegen in Olbernhau bewiesen haben,
dass es auch im Erzgebirge möglich ist, starke Organi-
sationen zu bilden. Unsere Zählstelle verfügt nun bereits
über einen festangestellten Lokalbeamten, der übrigens alle
Hände voll zu tun hat, um den Kollegen in den zahlreichen
Differenzen mit den Fabrikanten immer zu ihrem Recht
zu verhelfen. In einer ganzen Reihe von Fabriken konnten
die Kollegen schon mit Lohnforderungen vorgehen und
haben dabei für den Anfang ganz annehmbare Erfolge er-
zielt. Aber die Fabrikanten versuchen noch immer mit
allerlei Mitteln, die Arbeiter unserem Verband wieder zu
entziehen. Erst am Tage zuvor hatte ein Fabrikant
seinem Arbeiterausschuß vorgeschlagen, daß es eigentlich doch
besser sei, wenn die Arbeiter den Verbandsbeitrag jede
Woche an ihn abliefern würden, er würde das Geld ver-
zinsen und zu Weihnachten voll auszahlen.

Mittels Funktion erreichte ich alsdann Dieulich-
neudorf. Es ist erstaunlich, in welch gottverlassenen

Schisser, Schirmer und Biedeburg stimmten gegen die
Herabsetzung der Altersgrenze. Der christliche "Holz-
arbeiter" entschuldigt diese seine Freunde damit, daß sie
nicht das Menschenwert dadurch zum Schaden bringen
wollten. Das ist die alte beliebte Taktik des Rentzums,
den Arbeitern Fürsorge zu versprechen und dann vor dem
ersten "Unannehmbaren" der Junker oder der Regierung
siegereich zurückzweichen, gerade als ob diese Partner
nicht schon nach manchem "Unannehmbaren" sich in Un-
vermeidliches gefügt hätten. Da aber nun die schwarzen
Brüder doch wohl etwas um ihre Arbeiterräume
fürchten, erzählen sie, daß in früheren Jahren sich einmal
selbst ein sozialdemokratischer Parteitag gegen die Herab-
setzung der Altersgrenze erklärt habe. Daß aber diese
Stellungnahme durch eine Resolution des Leipziger Partei-
tages 1908 längst überholt ist, die die Herabsetzung forderte,
weil inzwischen die Quetscherei an den Invalidenrenten
eingesezt hatte, das brauchen die Herren ja nicht zu
wissen.

Was zum Erscheinen dieser Nummer dürfen inzwischen
auch die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung er-
ledigt sein, so daß sich dann ein Überblick über deren
endgültige Gestaltung gewinnen läßt.

Einen Lichtblick in den Reichstagsarbeiten der letzten
Zeit bot die Verfassung für Elsaß-Lothringen, die inzwischen auch vom Bundesrat angenommen worden ist. Der Entwurf dieses Gesetzes, der in der Kommission bereits einmal eine glatte Ablehnung er-
fahren hatte, fand im Plenum, dank des energischen Ein-
treitens der sozialdemokratischen Abgeordneten, nur mit
dem gleichen Wahlergebnis für die zweite Kammer
eine Mehrheit. Die von der Regierung geforderten Mehr-
stimmen für gewisse Wählerkategorien sind damit end-
gültig begraben. Wenn das neue Gesetz letztendlich in
allen Punkten ideal ist, so wird Elsaß-Lothringen doch nun
eine Vertretung im Bundesrat erhalten und seinen
Bürgern ein weit größeres und freieres Mitbestimmungs-
recht gewähren als Preußen und die meisten anderen
Bundesstaaten.

Mit dem Lehrlingswesen und der Berufserziehung des
gewerblichen Nachwuchses soll sich eine Kooperation befreien,
welche die Zentralstelle für Volkswirtschaft zum 10. und
20. Juni nach Elberfeld einberuft. Es sind getrennte Ste-
fereate vorgesehen über das Lehrlingswesen in den ver-
schiedenen Berufsgewerben, ferner über das gewerbliche
Schulwesen sowie über "Berufswahl und Lehrstellenver-
mittlung". Die angeschnittenen Fragen haben infolge
der gesetzlichen Neuregelung des Fortbildungsschulwesens
in Preußen im gegenwärtigen Zeitpunkt ein besonderes
Interesse.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zählstelle Sulingen wird hierdurch antrags-
gemäß die Genehmigung erteilt, von der 21. Woche ab einen
Lokalbeitrag von 10 Pf. zu erheben, wonach der Ge-
samtbetrag in dieser Zählstelle 70 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Befreiungsnr. ist der 22. Wochenbeitrag für das
Jahr 1911 fällig geworden.

Die Wahl eines zweiten Gauvertreibers für
den Gau Leipzig, für welchen Posten sich auf unse-
re Ausschreibung 10 Bewerber gemeldet haben, ist auf den fol-
genden Richard Werner, Fischer, zurzeit Lokalbeamter
in Frankfurt a. M., gefallen.

Ich verstehe den Kummer der Fabrikanten. An ver-
schiedenen Orten hat man mir erzählt, wie gut sie es ver-
stehen, sich als Wohltäter aufzuspielen. Der Wochenvor-
dienst in der Fabrik erreicht die Höhe von 8 bis 10 Pf.;
dazu gibt der Fabrikherr aber noch am Erntefest einen
halben und zu Weihnachten einen ganzen Kuchen. solche
und ähnliche Mitteilungen höre ich öfter. Zeitweise
müssen die Industriellen oder andere Weihnachtsgeschenke
aber noch durch Nebenstunden erst besonders verdient werden. Es kommt vor, daß vom Fabrikanten Prämien aus-
gesetzt werden für diejenigen Arbeiter, welche die meisten
Nebenstunden bis Weihnachten gearbeitet haben; ja, es soll
aber auch vorkommen sein, was ich besonders befürchtet
finde, daß einzelne Kollegen in der Sucht, die Prämie zu
erlangen, vor Überanstrengung infolge der fortlaufenden
Überzeitarbeit an derbank umgefallen sind.

Dass die Fabrikanten am liebsten diese Zustände auf-
rechterhalten möchten, beweist nur, daß sie billiger weg-
kommen, wenn sie dem Arbeiter ein- oder zweimal im
Jahre einen Kuchen oder eine Rucktorte "schicken", als
wenn sie ihm jede Stunde 1 Pf. mehr Lohn zahlen sollten.
Und bei dem einen Pfennig Lohnerschöpfung bleibt
es ja nicht, der Verband wird die Fabrikanten selbst bei
zwei und drei Pfennig noch nicht dauernd in Ruhe lassen.
Daraus erklärt sich genügend die große Abneigung der er-
zgebirgischen Arbeitgeber gegen unseren Verband. Sie selbst
aber sind fast vollständig organisiert, weil sie genau wissen,
dass sie, wenn alle vereint sind, viel besser ihre Inter-
essen wahren können.

Dagegen haben die Holzarbeiter im Erzgebirge lange
Zeit nicht zu der Erkenntnis gelangen können, daß die Ver-
einigung auch für sie von Nutzen und gerade für sie bes-
sonders notwendig ist. Endlich aber ist das Eis ge-
brochen, und es war eine freudige Genugtuung für mich,
in allen Orten eifrig Kollegen am Werk zu sehen, die sich
keine Mühe vertrieben lassen, immer mehr Anhänger für
unsren Verband zu werben. Wir haben das Erzgebirge,
in das wir so lange nicht mit der Organisation einzutreten
vermochten, durch zähe Ausdauer erobert. Nun
liegt es an den uns noch fernstehenden Kollegen des Erz-
gebirges selbst, das Werk durch ihren Beitritt baldigst
zu vollenden. Die Früchte der Organisation werden
sicher alsdann auch für sie bald reifen.

Für die Erstwahl eines Holzarbeiters im Zentralbureau hatten sich 92 Bewerber gemeldet, unter denen der Kollege Emil Lüthi am an. Stellmacher in Halberstadt, vom Vorstand und Ausschuss gewählt worden ist.

Der Amtsantritt der beiden Gewählten erfolgt baldmöglichst.

Um die Wiedergabe der Reiseunterstützung müssen wir erneut das Erfordernis richten, den Bestimmungen des Handbuchs S. 87 ff. sorgfältigere Beachtung zu schenken. Wiederholte hat in der letzten Zeit festgestellt werden müssen, daß Meiseunterstützungsempfänger weder endgültig noch ausgeschlossen erhalten, als ihnen nach dem Statut zustand. Gumeist mußte das auf die mangelhafte Kontrolle und Vergleichung des Mitgliedsbuches und der Reiselegitimation des Reisenden zurückgeführt werden. In mehreren Fällen sind reisende Kollegen auch mit Verzerrungen an Stelle des Mitgliedsbuches verschenkt worden. Auch das ist durchaus ungültig. Mitglieder, die sich auf Reisen begeben, ohne daß ihr Mitgliedsbuch in Ordnung ist, müssen sich mit den daraus entstehenden Unannehmlichkeiten abfinden. Jedenfalls müssen die Meiseunterstützungsauszahlungen darauf bestehen, daß ihnen Mitgliedsbuch und Reiselegitimation vorgelegt wird. Beides ist daraufhin zu kontrollieren, ob die Eintragungen übereinstimmen und ob im Statut vorgesehene Unterstützungsätze nicht überschritten sind.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Mai ist spätestens bis zum 4. Juni an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle verfügt werden. Als verausgabte Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung sind die im Monat Mai aus der Haupt- und Lokalstasse gehörten Beträge jeweils zusammengezählt einzustellen. Auf der Vorderseite der Berichtskarte sind die Arbeitslosen am letzten Tage des Monats ihrem Berufe entsprechend aufzuführen. Auch von solchen Zahlstellen, in denen keine Fälle von Arbeitslosigkeit und gewährter Krankenunterstützung vorlagen, ist eine Berichtskarte mit Angabe der am Schluß des Monats vorhandenen Mitgliederzahl einzusenden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt.

- 8 Wilhelm Wohl, Tischler, geb. 12. 9. 57 zu Magdeburg.
- 190 466 Albert Diese, Tischler, geb. 21. 5. 80 zu Groß-Corbetha.
- 200 118 Robert Elbin, Tischler, geb. 14. 4. 76 zu Rostenthal.
- 290 224 Robert Benau, Stellmacher, geb. 8. 11. 80 zu Bautzen.
- 850 258 Julius Eggers, Maschinenarbeiter, geb. 18. 10. 54 zu Stettin.
- 871 404 Wilhelm Sonnheimer, Stellmacher, geb. 10. 10. 58 zu Eimern.
- 451 020 Johann Wiefelspits, Stellmacher, geb. 20. 11. 55 zu Hilden.
- 472 953 Johann Meher, Drechsler, geb. 6. 10. 80 zu Rost.
- 480 572 Fritz Matthews, Stellmacher, geb. 8. 12. 87 zu Stettin.
- 505 577 Richard Maugisch, Polierer, geb. 27. 5. 87 zu Berlin.
- 513 620 Josef Stärk, Bleistiftarbeiter, geb. 18. 4. 80 zu Buchau.
- 523 311 Fritz Gramberger, Schreinmacher, geb. 19. 4. 80 zu Landsberg.
- 562 131 Jakob Johann Matted, Tischler, geb. 16. 1. 88 zu Neudörfel.

Berlin C. 2. Neue Friedrichstr. 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Gau Danzig. Der "Eiche", dem Organ der Hirsch-Dünnerischen Holzarbeiter, fehlt es offenbar an geeignetem Stoff, ihre Leiter zu unterhalten. Aus diesem Grunde wiederholte sie in ihren Nummern 16, 17 und 20 ihre alten, unmaßnahmen Behauptungen über die Vorgänge hier im Osten. Herr Proczlowski mußte sich redlich ab, leere Behauptungen aufzustellen und die Tatsachen zu verteidigen. Ueber Stolp mit diesem Herrn zu streiten, ist überflüssig. Die von uns angeführte Tatsache, daß die vom Gewerbeverein gelieferten Streichbrecher nach Beendigung des Streiks verlangten, die Arbeit nach dem von uns tatsächlich vereinbarten Akkordtarif bezahlt zu erhalten und nicht nach dem angeblich höheren Tarif des Gewerbevereins, kennzeichnet das ganze Gedaren der Hirsch-Dünnerischen Gesellschaft. In der Oppolet-Sache scheint Herr Proczlowski vergessen zu haben, daß er in der "Eiche" behauptet hatte, ich hätte in Boppot einen Tarif abgeschlossen, bei dem die Kollegen "verhungern" mühten. Reddem die ganze Haltlosigkeit dieser bogen Behauptung nachgewiesen ist, verlegt er sich auf das Druckumrunden. Dabei sucht er den Anschein zu erwecken, als ob es etwas ganz Unerhörtes sei, wenn ein Irrtum bei der Drucklegung vorkommt. Herr M. scheint Irrtum freudig zu sein, dabei hat er bei den vorjährigen Verhandlungen die Gramberger Kollegen durch einen Verleih neben anderem auch um 25 Pf. Montagegeld gebracht und, mein zu mir nicht gelungen wäre, am nächsten Tage an den Verhandlungen in Thorn teilzunehmen, wäre auch den Thorner Kollegen das gleiche passiert. Wie leichtfertig Herr M. Behauptungen aufstellt, beweist er mit seiner Darstellung der Thorner Sache. Ich hatte nicht behauptet, daß Herr Borlowksi an dem am 1. April 1910 abgeschlossenen Vertrag Auszeichnungen gemacht habe, sondern an dem nach seiner Behauptung von den Kollegen einseitig ausgearbeiteten Tarif. Dieser Tarif ist aber, wie Herr Proczlowski bekannt sein sollte, erst im Sommer 1910 ausgearbeitet, und nach den Behauptungen des Herrn Borlowksi haben die Kollegen nicht, wie es im Kontakt heißt, 2-5 Proz. aufgeschlagen, sondern durchweg 5 Proz. Da auf meine Entgegnung Herr M. erwiderte, daß seine Kollegen an der Ausarbeitung des Tarifes nicht teilgenommen hätten, so habe

ich meinen Vorschlag gemacht und den Bevollmächtigten unserer Zahlstelle aufgegeben, sich zunächst mit dem Ortsvorstand des Gewerbevereins zu verständigen. An diesen Tarifstand kann auch Herr Proczlowski trotz seiner Routine im Verdrehen nichts verdunkeln. In der Sache Cäser will Herr M. noch später berichten, gibt jedoch zu, allein verhandelt zu haben, obwohl bei der Firma Schütt in der Baufacherei, zu der wohl auch die Tüpfelungspufer gehören, 21 Verbandsmitglieder, 10 Polen, 1 Christ und angeblich 8 Hirsche beschäftigt waren. (Bei der Firma Blod in Stolp waren seinerzeit 17 Verbandsmitglieder neben 2 Hirschen beschäftigt. Weil ich dort gelegentlich allein verhandeln ging, hat M. dies als Verrat an der Arbeiterfamilie in allen Farben geschildert.) Herr Schütt hat M. versprochen, die Sache zu regeln, worauf sich dieser erbot, bei Firma Fenstermacher zu besorgen und dieses auch tatsächlich ausführte, obwohl die Differenzen bei der Firma fortbestanden. Von den angeblich 8 Hirschen sind erst 5 Mann während der Differenzen, von denen M. Kenntnis hatte, von diesem nach Cäser geschickt worden. Trotzdem hat dieser "Arbeitervertreter" die Stirn, von mir zu verlangen, ihn zu den Verhandlungen hinzuziehen.

Als am 17. März in Cäser in Gegenwart Schopohls zu M. gesagt wurde, er habe sich der Firma angeboten und Fenstermacher zu schicken, hat M. dies nicht bestritten, sondern erwiderte nur, es bestanden ja bei den Fenstermachern keine Differenzen. In einem "Gingraub" aus Danzig in Nummer 18 der "Eiche" wird behauptet, der Gewerbeverein sei dort erst 5 Minuten vor dem Staffindien der Sitzung der Schlüchtungskommission eingeladen worden. In dieser Behauptung schließt sich ein Geschimpfe über den Deutschen Holzarbeiterverband und wird verlangt, den Gewerbeverein mindestens 24 Stunden vor dem Staffindien der Sitzung einzuladen. In einer am 2. Mai auf unser Verlangen stattgefundenen Sitzung der Vorstände des Holzarbeiterverbandes, des christlichen Holzarbeiterverbandes und des Ortsvereins der Hirsche wurde nun festgestellt, die fragliche Sitzung fand am 7. April, 6 Uhr abends statt. Am 5. April wurde Herr M. von seinem Bevollmächtigten davon in Kenntnis gesetzt. Als am 7. April kurz vor 6 Uhr ein Vertreter des Gewerbevereins noch nicht erschien war, schickte unser Bevollmächtigter zu dem Vorstand des Ortsvereins. Dieser erklärte jedoch, er müsse Überstunden machen und könne daher nicht kommen. Der Gewerbeverein blieb in dieser Sitzung der Schlüchtungskommission unvertreten. Durch wenigen Schuld? Während so die Funktionäre des Gewerbevereins den Mund nicht voll genug nehmen können, bleibt dessen Organisation unter stetiger Rückwärtsentwicklung. Die deutsche Holzarbeiterfamilie hat den Widerspruch zwischen den Worten und Taten dieser Hirsch-Dünnerischen Führer sehr gut erkannt. Wir können deshalb mit der Ruhe des Gesunden und Kräftigen an das Gefüner des innerlich Faulen, Strahlenden vorübergehen. Unser Mitteld wollen wir dem aufschlags Absterbenden trotz seiner Ungeogenheiten nicht versagen.

Augs. Gladfeld.

Dresden (Stellmacher). Nachdem unsere Lohnbewegung wesentliche Vorteile gebracht hat, müssen die Kollegen jetzt das vertraglich festgelegte hochhalten. Es darf nicht wieder vorkommen, wie nach der Lohnbewegung 1905, daß einzelne Meister durch die Vauheit unserer Kollegen einen Lohn zahlen, welcher 8-10 Pf. unter dem Tarifstand liegt. Sollen es die Arbeitgeber dennoch versuchen, so ist dies sofort der Sitzungleitung zu melden. Zu bedauern ist, daß die Kollegen an der Städtischen Straßenbahn noch nicht den Weg zum Deutschen Holzarbeiterverband gefunden haben, um ihre überaus traurige Lage zu verbessern. Der Verband hat ihnen die Hand schon vielmals dazu geboten, aber die Kollegen glauben Lebensstellung zu haben. Es ist aber noch nicht so lange her, als mittler in der Krise auch dort Stellmacher auf das Pfaster geworfen wurden. In den Mangelfabriken sollten sich die Stellmacher auch einlich aufzutragen, um auch ihre Arbeitsbedingungen einmal einer Kommission zu unterziehen, da doch die Organisationsversuche dort gute zu nennen sind. Die überaus lange Arbeitszeit entspricht nicht mehr den Verhältnissen einer Großstadt. Vor allen Dingen sollten alle Mitglieder regelmäßig die Versammlungen, welche jeden zweiten Samstag im Monat stattfinden, besuchen.

Hainichen. Im Betriebe von Karl Schubert herrschen noch recht rücksichtige Verhältnisse. Am 4. Mai versprach nun der Inhaber bei einer Verhandlung eine Regelung der Missstände. Statt dessen hat er jetzt seinen bestehenden Lisschern gefündigt. Sein Werkmeister Anger glaubt, aus Zöblitz billigere Arbeiter heranzubringen zu können. Dabei hat dessen Vater dort mit dem Verband einen Vertrag abgeschlossen, der höhere Löhne vorrichtet, als bei Schubert bezahlt werden. Wir können deshalb die auswärtigen Kollegen nur vor etwaigen Interessen warnen.

Kassel. Eine lebhafte Besuchte Versammlung der Stellmacher fand jüngst in Bettenhausen statt. Gräflicherweise waren auch die Arbeitnehmer der Stofffabrik in größerer Anzahl erschienen. Als Referentin sprach Dr. Gewehr aus Hannover über: Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften und das besondere Interesse der Frauen am gewerkschaftlichen Kampfe. Sie sandte bei den Versammlungen die größte Aufmerksamkeit und Anerkennung. An der Stofffabrik Bettenhausen tritt ja das Wirtschaftsverhältnis besonders in Erscheinung, daß Frauen und Mädchen zur Fabrikarbeit gezwungen und dadurch dem Mainz zur Kaufleute werden, so daß diesen oft selbst die eigenen Verwandten aus der Arbeit drängen. Ganze Scharen von jungen, eben aus der Schule entlassenen Mädchen und Knaben müssen Tag für Tag bei Wind und Wetter, stundenweise Wege zur Fabrik hin und zurück machen und verdienen dann 8-12 Pf. pro Woche. Da ist es die Aufgabe nicht nur der Männer, sondern auch der Frauen und Mädchen, durch den Zusammenschluß in der Organisation bessere, menschenwürdige Zustände zu schaffen. Hier gilt es, die Organisation auszubauen, um den Erfolgen von 1910 weitere Fortschritte anzureihen.

Mühlendistrikte i. Ostpr. In den Schneidemühlendistrikten beginnt der Deutsche Holzarbeiterverband immer weiteres Terrain zu erobern. In Mühlendistrikten arbeiten in den Mühlen circa 100 Kollegen, davon 28 unserem Verbande angeschlossen sind. Um die übrigen von dem Verband fernzuhalten, hatte der Christliche Volksverein zum 21. Mai eine öffentliche Zusammenkunft voranstaltet. Der Herr Pastor und ebenso auch der Lehrer eiferten gemeinschaftlich darin, das Werktheit der freien Gewerkschaften nachzuweisen, die den Arbeitern nicht nur ihr Herz, sondern auch das Geld nehmen, auch das Offenheit am Miedervaldensmal und Wochentreffen herhalten. Dahingegen seien die christlichen Gewerkschaften einzuladen. Kollege Kahl-Königsberg erklärte in der selbst vom Pfarrer konstituierten Laienhaftigkeit des Lehrers die einzige Entschuldigung für diesen unstrittige Ausführungen. Es war ihm leicht, nachzuweisen, daß die freien Gewerkschaften ohne Ansehen der Konfession Mitglieder herwerben und daß das Geld der Mitglieder auch in deren Interesse verwendet wird. Obgleich die Arbeitgeber aller Konfessionen sich im Schuhverband vereinigen, werden durch die auch hier verabschiedete Berlinsplitterung der Kräfte die Interessen der Arbeiter geschädigt. Um den eigenen Sache der Christen angemessenen Schaden wieder zu be seitigen, soll nun in der nächsten Volksvereinsversammlung ein christlicher Arbeitersekretär ("unter uns" wie der Pfarrer betonte) die "Verdrehungen" richtig stellen. Die Arbeiter aber werden bald herausfinden, wer der falsche Prophet ist, dafür werden unsere dortigen Kollegen sorgen.

Bunzlau. Der Versammlungsbesuch und das organisatorische Wirken der Kollegen lädt hier viel zu wünschen übrig. Beim Tischlermeister Biedermann mühten die Kollegen vor kurzem die Nacht bis 8 Uhr arbeiten ohne jegliche Entschädigung, auch ist dort noch das Logistwesen vorhanden. In der Tischlerei von Heinze kommt ein Kollege, der in Stundung steht, für die letzten 14 Tage keinen Lohn. Wird der Meister verklagt, so kann der Kollege auch die Kosten bezahlen, denn zu haben ist nichts. Unter den Kollegen der Augustmöbelfabrik von Martin u. Barraß hat sich auch seit längerer Zeit eine Mangellosigkeit und Tragheit eingeschlichen, die dem Arbeitsverhältnis nicht förderlich sein kann. Eine

Lohnbewegung ist dort im Sande verlaufen, weil die Kollegen so wandlungsfähig waren. Weil dies auch die Arbeitsteilung wußte, konnte sie mit den Arbeitern einstimmen, wie es ihr gefiel. Das muß anders werden. In einem halben Jahre stehen wir wieder vor einer Lohnbewegung. Nutzen wir darum die Zeit aus. In den Versammlungen, nicht hinter dem Bierstisch ist der Platz, um unsere Lebensefragen zu besprechen.

Burg b. Magdeburg. (Vergolder.) Trotzdem auf der Branchenkongress beschlossen wurde, die Arbeitsnachweise mehr zur Bedeutung zu bringen, scheinen die Stellmacher, welche in der Provinz Arbeit suchen, das wenig zu berücksichtigen. Hier ist für die Vergolder der reine Laubenschlag. Die auftretenden Kollegen treten in Arbeit, ohne sich nach den örtlichen Verhältnissen zu erkundigen. Kommt dann der Sonnabend, dann wissen die Kollegen erst wie sie stehen, und gewöhnlich fahren sie dann des Sonntags wieder ab und der Verband hat unnütze Kosten davon. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, sich zuerst an den Arbeitsnachweis zu wenden, andernfalls sie auf unsre Hilfe nicht rechnen dürfen. Desgleichen bitten wir die Bevollmächtigten der einzelnen Zahlstellen, die auftretenden Kollegen darauf aufmerksam zu machen. Den Arbeitsnachweis leitet Kollege Herm. Berliner Chaussee 11.

Donaueschingen. Eine nicht besonders empfehlenswerte Arbeitsstelle ist die Uhrenlastenfertigung von Strobel im benachbarten Wölferdingen. Bei langer Arbeitszeit wird ein Lohn gezahlt, der kaum für Stoff und Logis ausreicht.

Dresden (Stellmacher). Nachdem unsere Lohnbewegung wesentliche Vorteile gebracht hat, müssen die Kollegen jetzt das vertraglich festgelegte hochhalten. Es darf nicht wieder vorkommen, wie nach der Lohnbewegung 1905, daß einzelne Meister durch die Vauheit unserer Kollegen einen Lohn zahlen, welcher 8-10 Pf. unter dem Tarifstand liegt. Sollen es die Arbeitgeber dennoch versuchen, so ist dies sofort der Sitzungleitung zu melden. Zu bedauern ist, daß die Kollegen an der Städtischen Straßenbahn noch nicht den Weg zum Deutschen Holzarbeiterverband gefunden haben, um ihre überaus traurige Lage zu verbessern. Der Verband hat ihnen die Hand schon vielmals dazu geboten, aber die Kollegen glauben Lebensstellung zu haben. Es ist aber noch nicht so lange her, als mittler in der Krise auch dort Stellmacher auf das Pfaster geworfen wurden. In den Mangelfabriken sollten sich die Stellmacher auch einlich aufzutragen, um auch ihre Arbeitsbedingungen einmal einer Kommission zu unterziehen, da doch die Organisationsversuche dort gute zu nennen sind. Die überaus lange Arbeitszeit entspricht nicht mehr den Verhältnissen einer Großstadt. Vor allen Dingen sollten alle Mitglieder regelmäßig die Versammlungen, welche jeden zweiten Samstag im Monat stattfinden, besuchen.

Hainichen. Im Betriebe von Karl Schubert herrschen noch recht rücksichtige Verhältnisse. Am 4. Mai versprach nun der Inhaber bei einer Verhandlung eine Regelung der Missstände. Statt dessen hat er jetzt seinen bestehenden Lisschern gefündigt. Sein Werkmeister Anger glaubt, aus Zöblitz billigere Arbeiter heranzubringen zu können. Dabei hat dessen Vater dort mit dem Verband einen Vertrag abgeschlossen, der höhere Löhne vorrichtet, als bei Schubert bezahlt werden. Wir können deshalb die auswärtigen Kollegen nur vor etwaigen Interessen warnen.

Kassel. Eine lebhafte Besuchte Versammlung der Stellmacher fand jüngst in Bettenhausen statt. Gräflicherweise waren auch die Arbeitnehmer der Stofffabrik in größerer Anzahl erschienen. Als Referentin sprach Dr. Gewehr aus Hannover über: Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften und das besondere Interesse der Frauen am gewerkschaftlichen Kampfe. Sie sandte bei den Versammlungen die größte Aufmerksamkeit und Anerkennung. An der Stofffabrik Bettenhausen tritt ja das Wirtschaftsverhältnis besonders in Erscheinung, daß Frauen und Mädchen zur Fabrikarbeit gezwungen und dadurch dem Mainz zur Kaufleute werden, so daß diesen oft selbst die eigenen Verwandten aus der Arbeit drängen. Ganze Scharen von jungen, eben aus der Schule entlassenen Mädchen und Knaben müssen Tag für Tag bei Wind und Wetter, stundenweise Wege zur Fabrik hin und zurück machen und verdienen dann 8-12 Pf. pro Woche. Da ist es die Aufgabe nicht nur der Männer, sondern auch der Frauen und Mädchen, durch den Zusammenschluß in der Organisation bessere, menschenwürdige Zustände zu schaffen. Hier gilt es, die Organisation auszubauen, um den Erfolgen von 1910 weitere Fortschritte anzureihen.

Mühlendistrikte i. Ostpr. In den Schneidemühlendistrikten beginnt der Deutsche Holzarbeiterverband immer weiteres Terrain zu erobern. In Mühlendistrikten arbeiten in den Mühlen circa 100 Kollegen, davon 28 unserem Verbande angeschlossen sind. Um die übrigen von dem Verband fernzuhalten, hatte der Christliche Volksverein zum 21. Mai eine öffentliche Zusammenkunft voranstaltet. Der Herr Pastor und ebenso auch der Lehrer eiferten gemeinschaftlich darin, das Werktheit der freien Gewerkschaften nachzuweisen, die den Arbeitern nicht nur ihr Herz, sondern auch das Geld nehmen, auch das Offenheit am Miedervaldensmal und Wochentreffen herhalten. Dahingegen seien die christlichen Gewerkschaften einzuladen. Kollege Kahl-Königsberg erklärte in der selbst vom Pfarrer konstituierten Laienhaftigkeit des Lehrers die einzige Entschuldigung für diesen unstrittige Ausführungen. Es war ihm leicht, nachzuweisen, daß die freien Gewerkschaften ohne Ansehen der Konfession Mitglieder herwerben und daß das Geld der Mitglieder auch in deren Interesse verwendet wird. Obgleich die Arbeitgeber aller Konfessionen sich im Schuhverband vereinigen, werden durch die auch hier verabschiedete Berlinsplitterung der Kräfte die Interessen der Arbeiter geschädigt. Um den eigenen Sache der Christen angemessenen Schaden wieder zu be seitigen, soll nun in der nächsten Volksvereinsversammlung ein christlicher Arbeitersekretär ("unter uns" wie der Pfarrer betonte) die "Verdrehungen" richtig stellen. Die Arbeiter aber werden bald herausfinden, wer der falsche Prophet ist, dafür werden unsere dortigen Kollegen sorgen.

Wirt der Nabenauer Mühle, seinen Arbeitgeber zu entlassen, weil er mit streikt. In dem Baderduppend, das glaubt, den Unternehmern unter die Arme greifen zu müssen, ist auch der Militärverein gekommen. Einige Kollegen, welche noch Mitglied des genannten Vereins sind, drohte man mit Ausschluss, wenn sie noch weiter mit Streikposten stehen. Als ob es dadurch anders würde. Einige Kollegen geben die richtige Antwort; nämlich die glatte Abmeldung. Der Streik dauert unverändert fort und wird um weitere Verhandlung des Augsburger gebeten.

Zu Reichenbach im Vogtlande ist die Lohnbewegung der Tischler durch Abschluss eines Tarifvertrags auf friedlichem Wege beendet worden. Die Arbeitszeit wird noch in diesem Jahre auf 58 Stunden, 1912 auf 57 Stunden wöchentlich herabgesetzt und der Lohn um insgesamt 5 Pf. erhöht. Neu ist die Einführung eines Mindestlohnes, der 88 Pf. beträgt und auf 10 Pf. steigt. Gesellen unter 20 Jahren erhalten mindestens 88 bzw. 86 Pf.

In Altenhain in der hessischen Schweiz stehen sämtliche Kollegen in dem Saal geworkt Hering in Klundigung, weil der Unternehmer in barscher Weise die Anerkennung beider Forderungen abgelehnt hat.

In Surheim gelangt nun der Neichenbauer Tarif mit Berücksichtigung einiger durch die britischen Verhandlungen bedingten Änderungen zur Einführung. Die Verhandlungen wurden vom Gewerberat von Cammerloher und dem Bezirksamt Laufen eingeleitet, die auch im Benehmen mit dem Gewerkschaftsamt den Vertragsschluss herbeiführten. Die über die Fabrik von Th. Held verhängte Sperrre ist damit gegenstandslos geworden.

In Thalheim ist mit der Möbelfabrik Bernh. Hanisch ein Tarifvertrag bis 1. Mai 1915 abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit beträgt jetzt 57 Stunden pro Woche, vom 1. Februar 1913 ab 58 Stunden. Der Mindestlohn für Arbeiter unter 20 Jahren beträgt pro Stunde 88 Pf., über 20 Jahre 41 Pf. und steigt bis 1. Oktober 1914 auf 43 bzw. 48 Pf. Dieser Erfolg ist um so schöner, da es der erste Vortag war und ohne Arbeitssicherung erzielt worden ist. Aufgabe der Kollegen ist es nun, darauf zu sehen, daß die Vertragsbestimmungen auch eingehalten werden, daß aber auch die Versammlungen stets besucht werden und an dem Ausbau unserer Bohlstelle fleißig mitgearbeitet wird.

In Weimar ist die Lohnbewegung der Tischler nun mehr beendet. Selbst die umstrittenste Forderung der 52-stündigen Arbeitszeit ist durchgesetzt, doch tritt diese in den kleinsten Betrieben erst im Laufe der Vertragsperiode ein. Der Stundenlohn ist festgesetzt für Gesellen im dritten und vierten Gesellenjahr auf 44 Pf., für ältere auf 47 Pf. Die Kollegen haben nun auf die Einhaltung dieser Bedingungen zu bestehen. Leider ließ sich in der Holzbearbeitungs- und Parkettfabrik keiner nichts machen, da dort zu viel Unorganisierte sind. In diesem Betriebe gibt es noch Stundenlöhne von 80 Pf. Um diese erst auf 47 Pf. zu bringen, bedarf es der Organisierung aller Arbeiter.

In Worms stehen die Bau- und Möbelschreiner nun schon vier Wochen im Streik. Für Möbelschreiner haben die Unternehmer bisher jede Lohnerhöhung abgelehnt, weil sie die von uns angegebenen seitherigen Verdienste glaubten anzweifeln zu müssen. Trotz der Zusage, die Durchschnittsverdienste aus den Wohnlöhnen feststellen zu wollen, hat man unsere statistischen Erhebungen bis heute noch nicht überlegt. Die Firma Müller u. Sohn hat mit uns einen Vertrag abgeschlossen, nach dem sie sich vergeblich bemüht hatte, die Firmen der Baubranche zu einer Verhandlung mit dem Verband zu bewegen. Der neue Vertrag bringt den beteiligten 25 Kollegen während der vierjährigen Vertragsdauer eine Arbeitszeitverkürzung von 4 Stunden pro Woche, eine Lohnerhöhung einschließlich Lohnausgleich von 8 Pf. pro Stunde, Bauzulage von 5 Pf. pro Stunde, Montagenzuschlag von 2,50 Mt. für ledige und 3,50 Mt. für verheiratete Arbeiter. Für Arbeiter unter 24 Jahren wurde ein Mindestlohn von 42 Pf. für solche über 24 Jahre von 46 Pf. festgesetzt. Die Mindestlöhne steigen während der Vertragsdauer auf 46 resp. 50 Pf. Nachdem dieser Abschluß bekannt geworden war, wurde die Firma Steinhauer von der Innung und dem Schuhverband beauftragt, mit uns zu verhandeln. Leider konnte da eine Einigung bisher nicht erzielt werden. Dagegen brachten Verhandlungen mit der Möbelfabrik C. Schultmann eine durchschnittliche Lohnzuschlagsförderung von 12 Proz. Der Vertrag wurde auch hier abgeschlossen. In Betracht kommen dabei 45 Kollegen. Wenn die Herren der Wormser Möbelindustrie glauben, daß, wie sie in ihrer Innungsversammlung zum Ausdruck brachten, die Gehilfen in nächster Zeit selbst kommen und die Arbeit wieder aufnehmen würden, so sind sie auf dem Holzweg und dürften ihnen das Warten recht lang werden.

In Wulsdorf hat der Streik der Körbchenmacher insofern eine Veränderung erfahren, als sämtliche Streikende bis auf einige Kollegen abgereist resp. anderweitig untergebracht sind. Die Werkstätten von Gebrüder Lührchen und S. Lange in Wulsdorf, Müller in Schiffdorf, Barre in Bergedorf und Keitatz in Loxstedt bleiben bis zur Zurücknahme des angekündigten Abzuges gesperrt.

Ausland.

In Frankfurth machte das Einigungsamt den Parteien einen auf dem Arbeitszeitvertrag basierenden Vermittlungsvorschlag, der eine genaue Einteilung der Arbeitszeit enthielt. Sein Vorschlag wurde von den Ausgesetzten angenommen, während die Meister denselben unter dem Druck hiesiger Großindustrieller ablehnen mußten. Der Kampf wird deshalb auf beiden Seiten mit aller Scharfe weitergeführt. Zugang ist fernzuhalten.

In Zürich ist, wie wir bereits kurz meldeten, die Lohnbewegung erfolglos deendet. Es kam eine Vereinbarung an, wonach für 1911 und 1912 jeder zweite Samstagvormittag frei ist. Ab 1. Mai 1913 ist jeden Samstag um 12 Uhr Arbeitsabschluß und beträgt dann die normale Arbeitszeit 50 Stunden. Wir sind also dem Arbeitsaufenttag erheblich näher gerückt. Für dieses Jahr wird der Zeitraum durch Erhöhung des Stundenlohnes gedeckt, 1912 tritt eine Lohnerhöhung von 2 Pf. in Kraft, und 1913 wird der Zeitausfall wieder durch Erhöhung des Stundenlohnes ausgeglichen. Außerdem ist ein

Mindestlohn von 75 Pf. festgesetzt. Ein Durchschnittslohn von 80 Pf. sollte nur teilweise festgelegt werden. Doch durfte er in langer Zeit allgemein erreicht sein. Die Arbeit ist in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Durch die Bewegung sind noch ähnlich viel arbeitslose Kollegen auf dem Platz und darf es ratsam sein, in nächster Zeit ähnlich noch nicht zu überlaufen. Der Streik bei Körbchenmacher, Tischlerfabrik, dauert dagegen unverändert fort.

Aus der Holzindustrie.

Terrorismusmarken.

Die kleinen Organisationen, die ob ihrer inneren Schwäche und ihrer Zwecklosigkeit nicht vorwärts kommen können, gefallen sich gar zu gern in der Rolle des Märtyrers. Sie brauchen ab und zu eine kleine Terrorismusgeschichte ebenso notwendig wie das liebe Volk. Wenn sie nicht dadurch einmal von sich reden machen, durch ihre Erfolge für die Arbeiterschaft würden sie es doch niemals.

Heute glauben nun die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinler, die Welt mit einer Schauermär beglücken zu sollen, die sich angeblich im paritätischen Arbeitsnachweis zu Bremerhaven angestellt hat. Dabei wird noch der bekannte Fleischverbandsmanier lustig darauftos behauptet, in der stillen Hoffnung, daß immer etwas sitzen bleibt. Die Schauermär ist aus Nr. 20 der "Eiche" natürlich auch in den "Gewerbeverein" übergegangen, die angeblich liberale Sonntagszeitung "Der Bremer Bürger" hat sie ihren Lesern vorgesetzt und schließlich hat sich auch der christliche "Holzarbeiter" diesen "guten Happen" nicht entgehen lassen. Die Geschichte macht also die Kunde durch die gegnerische Presse, ohne jedoch dadurch nun auch wichtiger zu werden.

In dem "Rotschrei" der Hirsche wird in röhrenden Worten erzählt, wie im Bremer paritätischen Arbeitsnachweise arbeitslose Stellmacher zum Eintritt in den Deutschen Holzarbeiterverband gezwungen wurden und wie diese dem Anwange nachgaben, weil "sie Hunger hatten". So soll am 12. April ein Stellmacher M. vergeblich um Arbeit nachgefragt haben, weil er auf dem Anniedezettel sich als "unorganisiert" eingetragen habe. Nachdem er sich am 13. April zur Aufnahme in unseren Verband bereit erklärt, habe er gleich Arbeit bekommen. Beides ist nun unwahr. Erstmalas hat M. überhaupt nichts über seine Organisationszugehörigkeit vermerkt, wie der Bettel heute noch ausweist, zum anderen ist er laut Liste bereits am 11. April gemeldet und auch vermittelt worden.

Dann zwei andere Fälle nach der "Eiche":

"Am 21. April erschien der Stellmacher M., der unorganisiert auf die Karte schrieb. Bei diesem wiederholte sich der Vorgang, der Beamte des Holzarbeiterverbandes sagte zu M.: „Du kannst Arbeit kriegen, aber hier ist alles organisiert. Du mußt im Verband eintreten“. M. erklärte sich bereit (was macht man nicht, wenn man Hunger hat), erhielt dann Arbeit, mußte aber auch außerhalb dem Verbandsbüro und 1,50 Mt. abliefern. Der Stellmacher B. ging auch am 21. April zu diesem paritätischen Arbeitsnachweis, jedoch zu spät, um noch in die Arbeitslosenliste einzutragen zu werden. Es entspann sich wieder das schon geschilderte Zwiespält, welches damit endete, daß der Beamte des Holzarbeiterverbandes erklärte: „Du mußt Dich organisieren. Komme hin nach der Faulenstraße (dort ist das Verbandsbüro) im Gewerkschaftshause.“ B. ging hin, es wurden ihm 2,50 Mt. abgenommen und am 23. April erhielt derselbe Arbeit."

Die Geschichtchen sind zweifellos ganz nett erfunden, aber auch nicht mehr als das. Bei M. war mit seinem Vermerk "unorganisiert" für den Nachweis diese Frage erledigt, und wird er seinen Zeugen zu bringen vermögen, daß ein Funktionär des Nachweises ihn auch nur irgendwie angehalten hat, sich zu organisieren. B. soll bereits am 21. April gemeldet und am 23. April vermittelt worden sein: das ist wiederum unwahr. Nach den von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern gemeinsam geführten Listen ist B. am 25. April gemeldet und vermittelt worden. B. war aber bei der Meldung bereits Mitglied des Verbandes, so daß schon deshalb Vorhaltungen darüber sinnlos gewesen wären. Aber nun freilich, ängstliche Gemüter sehen gern Gespenster.

Es kommt aber noch besser. Die "Eiche" erzählt weiter, daß am 5. Mai bei zwei organisierten Stellmacherschichten bei der Anniedezung vorgekommen seien und diese dann dem Hunger überantwortet werden sollten, weil sie Umschauen gingen. In Wirklichkeit ist hier die Vermittelung nach einem bestimmten Arbeitgeber auf Grund des gemeinschaftlich niedergelegten Regulativs verweigert worden, das besagt:

Bern einem Arbeitgeber und Arbeitnehmer nachgediesen werden kann, daß sie sich vorher miteinander in Verbindung gesetzt haben, um ein Arbeitsverhältnis einzugehen, so soll der betreffende Geselle innerhalb der ersten vier Wochen nicht nach dem betreffenden Meister vermittelt werden.

Nach den Bestimmungen des Arbeitsnachweisregulativs müssen die Vermittler bei Mangel an Arbeitskräften gemeinsam für deren Heranziehung sorgen. Der Gewerbeverein aber glaubt für sich eine Sonderstellung schaffen und die Vereinbarungen der Vertragsparteien umgehen zu können. In den Nummern der "Eiche" vom 14. und 21. April ersießt er sogar folgendes Inserat:

"Tüchtige Stellmacher, Waggonfischer und Maschinenarbeiter gegen hohen Lohn in dauernde Stellung nach Bremen gesucht. Gewerbevereinler werden bevorzugt. Meldungen an das Arbeitserjetariat Bremen."

Wie sich nun sehr bald ergab, sollten diese Arbeitskräfte in derselben Waggonfabrik untergebracht werden, mit der die Arbeiter wegen Lohn- und Altkordabzügen und sonstiger Vertragsbrüche in ständigen Differenzen lagen. Jedemal, wenn Mitglieder des Gewerbevereins G.D. sich eintragen ließen, wurden mehrere Stellmacher entlassen und auf dem Nachweis andere bestellt. Es stellte sich heraus, daß auch die oben genannten Stellmacher nicht unorganisiert waren, sondern dem Gewerbeverein angehörten, dessen sie sich wohl schämen möchten. Weil nun den Hirsch-Dunderschen ihre Schiebungen nicht gelingen, erheben sie jetzt das Wehgeheul. Demgegenüber muß noch besonders betont werden, daß die Schlüfung soll mission, in der dieser Fall behandelt wurde, sich ohne Widerspruch auf unseren Standpunkt stellte.

Die zwei, dem Hunger überwiesenen" Arbeitgeber, die vertragswidrig umschauen gingen, haben allerdings höchstlich einen "menschlich denkenden" Arbeitgeber gefunden. Einen Arbeitgeber, der unsere Kollegen entließ, weil sie sich keine Abzüge machen ließen, und der nun so "menschlich" war, vier Arbeiter in den Gewerbeverein zu zwingen. Das ist natürlich kein Terrorismus.

Die "Eiche" weiß aber noch mehr. Sie berichtet einen Terrorismusfall aus Augsburg auf Lager, an dem aber nichts weiter wahrt ist, als daß ein Gewerbevereinler, der wenig höfliche Umgangsformen hatte, mit zwei Arbeitern in Differenzen geraten ist, die aber mit dessen Organisationszugehörigkeit nichts zu tun haben.

Wir würden dem ganzen Terrorismusgeschrei gar keine Beachtung schenken, wenn es nicht den Schaffmacherblättern immer wieder als Vorwand diente, um schärfere Gesetzmäßigkeiten gegen die Arbeiterschaft zu fordern. So bringt zum Beispiel erst wieder unter 25. Mai die "Post" eine ähnliche Mäßigung aus einem "industriellen Betrieb in Höslin". Für den Einsichtigen trägt allerdings diese Notiz schon deshalb den Stempel der Unwahrheit am Kopfe, weil alle genauen Angaben über Betrieb und Zeitpunkt fehlen. Über den behauptigen Spieker merkt das nicht, ihm gruselig und er schreit nach der Polizei.

Die kleinen Organisationen würden viel besser tun, sich um die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu kümmern, anstatt der kämpfenden Arbeiterschaft Knüppel zwischen die Beine zu werfen und sich dann als die Verdrängten zu gebärden. Über freilich, sie brauchen jene Märtyrerkrone, um ihre Bedeutungslosigkeit zu verdecken.

Vorsicht im Bericht mit der Gewerbeinspektion! Daß diese Mahnung außer Acht gelassen wurde, hat ein Kollege in Wuppertal mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle büßen müssen. Bei einer Revision des Betriebes durch einen Beamten der württembergischen Gewerbeinspektion erhielt der den Beamten führende Inhaber der Fabrik Einsicht in ein an die Gewerbeinspektion gerichtetes Schreiben und glaubte in demselben die Handschrift des fraglichen Kollegen wiederzuerkennen, der darauf gefündigt und entlassen wurde. Wir wollen damit nicht behaupten, daß der revidierende Beamte dem Fabrikanten absichtlich Einsicht in das Schreiben gestattet hat, obwohl auch dafür einige Umstände sprechen. Der Beamte hat das Schreiben so wenig direkt behandelt, daß der Fabrikant Einsicht nehmen könnte und die schlichte Benennung auf die Frage des Fabrikanten nach der Ursache der ungewöhnlichen Revision. Da brauchen Sie sich nicht aufzuregen, da haben Sie ja einen Heizer im Betrieb, der einen Bericht gemacht hat, läßt doch auch allerlei Schlüsse zu. Ledernerfalls werden unsere württembergischen Kollegen in der Zukunft gut tun, wenn sie im Bericht mit der Gewerbeinspektion recht vorsichtig sind und Selbstgeschriebenes nicht in deren Hände gelangen lassen.

Zum übrigen hat man bei der Revision der königlich württembergischen Gewerbeinspektion Polemiktheorie vorgebast. 20 Minuten vor Eintreffen des Gewerbeinspektors kam der Prinzipal auf die jugendlichen Arbeiter mit den Worten zugestürmt: "Schnell die Aklässe weg und die Wassereimer gefüllt! Der Gewerbeinspektor kommt!" Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn der revidierende Beamte jugendliche Arbeiter nicht an den Maschinen trifft und auch sonst alle Beschwerden für übertrieben fand.

Der christliche "Holzarbeiter" ist besiegt geworden. Nachdem er jetzt nicht abstreiten kann, daß seine ganze Beweisführung in seiner Nr. 19, wonach der christliche Verband mehr leidet als der unsre, nur mit Hilfe eines groben Rechenfehlers möglich war, bewegt sich nun mehr seine Entgegnung auf Allgemeinheiten, so daß wir die Diskussion über diese Frage wohl schließen können. Nur eins wollen wir nicht unwiderrufen, nämlich daß die Unterstützungen des christlichen Verbandes laut Statut höher seien, wie die des unserren; daß sie in niederen Summen als bei uns "zur Auszahlung" gelangen, wird ja gar nicht mehr bestritten. Aber auch ihr statutarisches Überwiegen ist nur Augenberblendung. Der Tagessatz der statutarischen Hauptlassunterstützung bei Arbeitslosigkeit ist der gleiche wie bei uns, nur für die älteren Mitglieder treten noch zwei Steigerungen ein, bei Krankheit dagegen wird der Höchstsatz von 6 Mt. wöchentlich jedoch erst nach 7 Beitragsjahren; bei uns dagegen nach 5 erreicht. Nun gewährt freilich der christliche Verband die eritere Unterstützung auf die Dauer von 7, die letztere auf 14 Wochen. Da aber nur die wenigen Fälle sich auf so lange Zeit erstrecken, kostet ihm diese Leistung fast gar nichts. Nach den eigenen Angaben des christlichen Verbandes kam im Jahre 1909 die siebente Woche bei der Arbeitslosenunterstützung nur 106 mal (bei insgesamt 1667 Unterstützten!), bei der Reiseunterstützung höchstens 147 mal, zur Erhebung; die 14. Woche der Krankenunterstützung wurde nur 24 mal in Anspruch genommen. Damit läßt sich also nicht viel prunkieren.

Die wenn auch nur scheinbar höhere Leistung wird aber reichlich dadurch aufgewogen, daß im christlichen Verbande Arbeitslosen, Kleinen und Krankenunterstützung gegenüber auseinandergehen werden, während dies im Deutschen Holzarbeiterverbande nur bei den beiden ersten geschieht und selbst bei Aussteuerung aus diesen die Krankenunterstützung noch bis zur vollen Höhe bezogen werden kann.

Ein Vergleich der beiderseitigen Statuten ergibt also, daß in den Fällen von Krankheit und Arbeitslosigkeit (einschließlich Wanderschaft) innerhalb eines Jahres als Höchstsumme erhoben werden kann:

nach 52	280	804
beitragswochen		
im Deutschen Holzarbeiterverband	75 M.	188 M.
christlichen	42	70
		84

Das Bedürfnis, beide Unterstützungsarten über die Höchstgrenze der einen hinaus innerhalb eines Jahres in Anspruch zu nehmen, tritt dabei keineswegs selten auf.

Wenn der "Holzarbeiter" glaubt, die gegenüber dem sozialen Gebilde nominell höheren Löhne des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auf Konten seines Verbandes schreiben zu dürfen, so können wir das nur seiner christlichen "Bescheidenheit" zuschreiben. Bekannt ist, daß diese Gegensätze bereits und in viel schärferem Maße vorhanden waren, ehe man an einen christlichen Verband dachte. Damit glauben wir auch diese Auseinandersetzung verlassen zu können.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach dem Bericht des "Metzgerarbeitsblattes" war im Monat April die Beschäftigung im Bauwesen beständig, nur Hamburg und Kassel berichteten Ungünstiges. In Groß-Berlin wies allerdings die Baubürokratie noch keine Verbesserung auf. In der Möbelindustrie steht dort der Kampf mit den Händlern nachteilig auf die Beschäftigung, aber auch in anderen Orten liegt die Möbelfabrikation über ungünstige Aufträge. Sägewerke, Holzpfaster, sowie die Salonsiefabrikation hatten gut zu tun. Ebenso trat im Zugusbau und in den Automobilwerken eine erhebliche Verbesserung des Geschäfts ein. Die Fabrikerindustrie Westdeutschlands mußte zum Teil überstunden einlegen, um die Aufträge zu erschließen. Auch im Orgelbau besserte sich die Lage etwas, nur wird über äußerst gedrängte Pausen geklagt. Die Berichte aus der Karbomacherei laufen beständig, wogegen in der Schleifmühle der Beschäftigungsgrad zum Teil schwach, zum andern normal genannt wird. Im Eisenbahnwesen wird eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr festgestellt, doch war die Beschäftigung im allgemeinen noch unzureichend. Nur einige Werke in Schlesien und Bayern sprachen sich günstiger über die Lage aus.

Gewerkschaftliches.

Eine Studienreise belgischer Gewerkschafts- und Vertreterfunktionäre führte diese am 23. Mai auch auf das Bureau unseres Verbandes voran. Hier wurde den Teilnehmern, die sich aus 7 Vertretern der Bergarbeiter, 4 der Metallarbeiter, 2 der Textilarbeiter und 4 Partefunktionären zusammensetzten, ein instruktiver Vortrag über die Entwicklung unseres Verbandes und seiner Einrichtungen gehalten, den der Führer der Gruppe, der Ge. nossen Van-Drußel, sodann ins Französische übersetzte. Den schloß sich eine flüchtige Besichtigung des Büros selbst an. Zum besseren Verständnis unseres Verwaltungswesens wurde jedem Teilnehmer eine Sammlung unserer Verbandsformulare überreicht. Welche Wertschätzung unsere Verbandseinrichtungen im Auslande genießen, beweist die Tatsache, daß der ausführliche Bericht über die erste Studienreise belgischer Arbeitervertreter (Februar 1911) diesen eine erhebliche Anzahl Drucksachen widmet und dabei die wichtigsten unserer Verwaltungsformulare in französischer Übersetzung wiedergibt. Es würde uns freuen, wenn daraus Vierungen gewonnen würden, die eine Belebung und Stärkung des belgischen Gewerkschaftslebens zur Folge hätten. Der belgische Besuch hatte für seine einwöchige Deutschlandreise ein recht reichhaltiges Arbeitsprogramm aufgestellt. Auf der Reise war bereits die Zentralverwaltung des Bergarbeiterverbandes in Bochum besichtigt worden. In Berlin wurden u. a. die Einrichtungen der Generalkommission, das Gewerkschaftshaus, die Herberge, das Gewerkschafts- und das Arbeitersekretariat, das Arbeiter-Jugendheim sowie die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes einer zum Teile eingehenden Besichtigung unterworfen. Ein besonderer Besuch galt den Parteieinrichtungen. Außerdem wurde Einsicht genommen in den paritätischen Arbeitsnachweis sowie die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt.

Den Austritt aus dem Verband der Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften hat am 21. Mai der Verein deutscher Kaufleute beschlossen. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß die Leitung des Verbandes (der Gewerksvereine) weder die einzelnen Vereine zu sozialpolitischer Tätigkeit anrege, noch in Fragen, die die Gesamtheit der Arbeiter angehe, die Initiative ergreife. Im Gegenteil sei der soziale Fortschritt der Handlungsgesellschaften oft genug von der Leitung der Gewerksvereine gehemmt worden. Der Vorsitzende des Verbandes der Gewerksvereine, Goldschmidt, habe während seiner Abgeordnetentätigkeit immer betonten, auch die Handlungsgesellschaften wahrzunehmen. In der Frage der Arbeitskammern habe Herr Goldschmidt sogar in der Deffentlichkeit den Standpunkt der schärfsten Gegner des Vereins der deutschen Kaufleute vertreten. Während der Verein der deutschen Kaufleute die Vertretung der Angestellten in den Arbeitskammern forderte, habe Herr Goldschmidt die Forderung des antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgesellschaften auf Einrichtung besonderer Kaufmannskammern öffentlich unterstützt. Er sei deshalb von dem antisemitischen Verband gelobt und gegen die Führer des Vereins der deutschen Kaufleute ausgespielt worden.

Der Verband der Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften verliert damit von seinen 122.571 Mitgliedern rund 18.000, über das Doppelte, was er im Vorjahr durch den Beitritt des Müritenbergischen Eisenbahnverbandes (angeblich 2000 Mitglieder) gewann.

Der Verband hessischer Buchdrucker hielt vom 14. bis 20. Mai seine Generalversammlung in Hannover ab. Vertreten waren 124 Delegierte, 9 Vorstandsmitglieder und die 8 Nebalteure. Nach dem Vorstandsbereich sind 98 Proz. der für den Beruf in Betracht kommenden Arbeiter im Verband organisiert. Die wiederum angeregte Frage der Gründung eines Graphischen Industrieverbands wurde als noch nicht spruchfrei erklärt und deshalb zurückgestellt. Alle Anträge auf Änderung an den Unterstützungen wurden durch Übergang zur Tagessordnung erledigt, dagegen erhielt der Vorstand den Auftrag, bis zum nächsten Verbandsstage eine allgemeine Revision der Unterstützungssätze im Sinne eines gerechteren Ausgleichs zwischen Vertragsdauer und Unterstützungshöhe vorzubereiten. In mehrfacher Verhandlung wurden in geschlossener Sitzung die Tariffragen besprochen und die Wünsche zur bevorstehenden Tariferneuerung normiert. Eine Resolution wendet sich gegen tarifwidrige Arbeitseinstellungen, die vereinzelt vorgekommen sind. Die Beschlussfassung über die obligatorische Einführung des Verbandsorgans wurde der nächsten Generalversammlung vorbehalten. Die Beitragsreaktion, die nach einem früheren Beschuß an den Sitz des Vorstandes verlegt werden sollte, bleibt nun doch in Leipzig, nachdem durch das Ausscheiden Reghäusers einer der Verlegungsgründe fortgefallen ist.

Im Verband der Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter überwiegen die weiblichen Mitglieder ihre männlichen Kollegen an Zahl bedeutend. Unter den 15.891 Mitgliedern vom Jahresabschluß 1910 waren allein 9034 weibliche. Die gesamte Mitgliederzunahme betrug im Vorjahr 1166. Das Vermögen der Verbands-Hauptklasse vermehrte sich um 25.947 M., und beträgt jetzt 143.876 M.

Der Verband der Kupferschmiede schließt das Jahr 1910 mit 4440 Mitgliedern ab, während für Ende 1909 in der Statistik der Generalkommission deren 4445 angegeben sind. Das Verbandsvermögen weist mit 101.180 M. gegen das Vorjahr einen Rückgang um 21.052 M. auf.

Vollzeitliches und Gerichtliches.

Streitbrecherurteile.

Arbeitswillige dürfen sich schon etwas erlauben, ehe ihnen die Polizei „an den Wagen“ fährt. Ein Singe konnte als ständiglich verfolgter unsicherer Heerespflichtiger unter den Augen der Polizei in Moabit Streitbrecher vermitteilt, seine „schlagfertigen“ Leute wurden einfach bei ihren Ausschreitungen übersehen. In Moabit veranstalteten die in der Waggonfabrik internierten Streitbrecher mit Revolvern und Eisenstangen bewaffnet unbehindert Ausschläge auf das friedliche Publikum, ohne anfangs daran gehindert zu werden. Auch in Delmenhorst, wo jüngere Kollegen einen langen Streit in der Waggonfabrik durchfochten, hat der Tatendrang einen Arbeitswilligen, August Heuer mit Namen, nicht ruhen lassen. Er beleidigte eines Tages einen Arbeiter B., der sich auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte befand und bedrohte ihn obendrein mit Totschlägen. Bei dem rüden Benehmen des Arbeitswilligen, die ja häufig mit Schleppwaffen ausgerüstet sind, könnte man die Drohung schon ernst nehmen. Um so mehr als erst im vorigen Herbst die Streitbrecher der Waggonfabrik in einer Delmenhorster Wirtschaft eine Revolververschickerie veranstaltet hatten, in deren Folge einer der Ihren sein Leben ließ. — Der selbe Amtsanwalt, der erst jüngst die Verurteilung eines ehrlichen Arbeiters zu 14 Tagen Gefängnis wegen des Ausruftes „Streitbrecher“ durchsetzte, hatte für den arbeitswilligen Stellmacher Heuer ein merkwürdig weiches und nachsichtiges Herz. Auf die Anzeige des Bedrohten wurde diesem folgender Bescheid:

Auf gestellten Antrag auf Erhebung der öffentlichen Klage wider den Stellmacher Aug. Heuer in Delmenhorst wegen Bedrohung und Beleidigung erfolgt zum Bescheid, daß ich das Verfahren eingestellt habe, soweit Bedrohung in Frage kommt, weil sich die Ernstlichkeit derselben nicht nachweisen läßt, vielmehr wahrscheinlich ist, daß sie nicht ernst gemeint war. Auch ist nicht ausgeschlossen, daß der Beschuldigte dem B. nur in Absicht stellen wollte, daß er ihn tötschlagen werde, wenn B. ihn angreife und er sich so in Notwehr befindet.

Der Amtsanwalt, gez.: Schmidt.

Auf eine hiergegen erhobene Beschwerde beim Ersten Staatsanwalt, in der die Tatbereitschaft des Beschuldigten nachgewiesen wurde, kam folgender Bescheid:

Die Beschwerde ist unbegründet. Es ist möglich, daß der Beschuldigte mehr seiner Wut hat als Angst geben will.

gez.: Niesebieter.

Der Staatsanwalt kommt also von einer vorliegenden Bedrohung ganz sanft auf den „Belästigten“ zu sprechen. — Eine weitere Beschwerde gegen die Entscheidung des Ersten Staatsanwalts bei dem Oberstaatsanwalt wurde unter Hinweis auf dieselben Gründe verworfen.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Streitbrecher sich alles mögliche herausnehmen und glauben, friedliche Bürger bestmöglich zu können, wenn ihnen in dieser Weise der Rücken gestärkt wird. Aber freilich, die Staatsanwaltschaft ist die „objektivste Behörde“ und handelt ohne Ansehen der Person.

Unseren Kollegen möchten wir allerdings trotz Alledem nicht raten, sich zu Bedrohungen Arbeitswilliger hinzu zu lassen, weil diese nicht ernst gemeint sind, oder weil sie ihrer Wut Ausdruck geben wollen. Der § 153 der Gewerbeordnung hat schon für weit harmloseste Vorgänge schwere Gefängnisstrafen gebracht, wenn es sich um Streitende handelt.

Eingesandt.

Die Unfallgefahr an den Holzbearbeitungsmaschinen.

Über dieses Thema ist schon sehr viel geschrieben und gesprochen, aber durchgreifende Maßnahmen sind zur Verringerung dieser Gefahren bisher nicht geschaffen worden. Diese Maßnahmen können aber Platz greifen, wenn den Beteiligten die Gelegenheit gegeben wird, sich eingehend mit diesem Thema zu beschäftigen. Durch die noch im Entstehen begriffene neue Produktionsweise (Teilarbeit) im Holzgewerbe, bei der die Maschine immer mehr und mehr

ausgenutzt wird, wird durch intensive Arbeit an den Maschinen auch die Unfallgefahr eine immer größere. Nun hat sich ja auch der Münchner Verbandsstag im vorigen Jahre mit diesem Thema beschäftigt. Da nun der Verbandsstag alle Maßnahmen begrüßt, welche die Gefahren, soweit sie herabmindern, so bin ich der festen Überzeugung, daß der Vorstand sich auch bereit erklären wird, den Maschinenarbeiter Deutschlands eine Zusammenkunft zu gewähren in Gestalt einer Konferenz, welche sich hauptsächlich mit dieser Frage sowie mit der Arbeiterversicherung beschäftigt. Gegen die Unfallgefahr muß und kann viel mehr als bisher getan werden. Es muß unser Bestreben sein, unter den einzelnen bestehenden Sektionen der Maschinenarbeiter eine bessere Verständigung über alle diese Fragen herzustellen. Es ist darum meiner Meinung nach unbedingt erforderlich, daß durch eine Branchenkonferenz eine Centralunfallausschuskommission geschaffen wird, von welcher aus alle erforderlichen Fragen gestellt und auch beantwortet werden. Diese Kommission müßte alles Material sammeln, um zu gegebener Zeit bei den bezüglichen Körperschaften dahin wirken zu können, brauchbare Schlußvorschläge an den Maschinen anzubringen zu lassen. Nur durch Schaffung solch einer Kommission kann der Vorstand dem Antrage des Kollegen Matz-München auf dem Verbandsstage Rechnung tragen, welcher den Verbandsvorstand beauftragt, das einschlägige Material über Unfälle und Art dieser Unfälle zu sammeln. Da der Vorstand in seinen Bekanntmachungen in dieser Frage wiederholst um die tatkräftige Mithilfe der Maschinenarbeiter ersucht, meines Erachtens sogar zu verlangen hat, kann nur etwas Ganzes geschaffen werden, wenn die interessierenden sich intern damit beschäftigen. Eine persönliche Umfrage meinerseits bei den einzelnen Sektionen der Maschinenarbeiter über hygienische und sanitäre Verhältnisse ergab ein erschreckendes Bild, dessen Wiedergabe hier zu weit führen würde. Es ist aber auch ganz unmöglich, daß unter den jetzt bestehenden Verhältnissen der persönlichen und privaten Anfrage etwas Erfreiliches für unsere Kollegen zustande kommt. Schon jahrelang befähigen sich die Maschinenarbeiter mit dem Zustandekommen einer Konferenz und immer noch hat der Hauptvorstand keine entsprechende Stellung hierzu eingenommen.“ Man sollte doch meinen, daß nach so vielem und langem sowie gerechtem Verlangen Stellung und Entgegenkommen von Seiten des Hauptvorstandes zu erwarten wäre. Sodoch der Maschinenarbeiter allerorts muß es nun sein, der Hauptvorstand davon zu überzeugen, daß es für uns von unschätzbarer Bedeutung und wegen der hier angeführten Gründe durchaus notwendig ist, eine Konferenz abzuhalten. Hoffen wir, daß uns dies gelingen wird, zum Besten unserer Kollegen zum Besten unserer Organisation. Des gegenwärtig in Dresden eine internationale Hygieneausstellung stattfindet, in der die Unternehmer versuchen werden, ihre hygienischen sowie sanitären Einrichtungen in ihren Betrieben in den hellsten Farben zu schildern, den freien Gewerkschaften aber durch das Vorgehen der sozialen Industriellen die Gelegenheit genommen wurde, die wirklichen Verhältnisse wahrheitsgemäß wiederzugeben, so würde ich für eine Konferenz der Maschinenarbeiter Dresden in Vorschlag bringen. Die hierfür Sektion der Maschinenarbeiter hat eine Anzahl Hände der schwer verunglückten Kollegen (88 Bilder) für diese Ausstellung photographieren lassen. Es wäre nun auch angebracht, daß diese Abbildungen wenigstens den am meisten interessierten vorgeführt würden. Undem ich noch auf mein Rundschreiben vom 22. Mai sowie auf den „Aufruf“ in Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ verweise, erwarte ich bestimmt die Unterstützung aller Kollegen.

Arthur Windmüller, Berlin.

Literarisches.

Die nachnamen Worte können auch durch die Verlagsankündigung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2 Neue Friedensstr. 1, bezeugt werden.

Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags. Historische Skizzen von Dr. Ludwig Kraatz, Mitglied des Reichstags. Mit einem Anhang: Die Programme der bürgerlichen Parteien Deutschlands. Verlag von G. S. B. Dieck Nachf. in Stuttgart, 112 S., Preis gebunden 1 M., broschiert 75 Pf., Vereinsausgabe 50 Pf.

Das Büchlein, das als Heft 18 der Kleinen Bibliothek in deren handlichen Format erscheint, wird bei den bevorstehenden Reichstagswahlen vielen ein willkommenes Material geben, das als Belästigten in Angst schenken wollen.

66. Prolog für Arbeiterfest. Von Ernst Preysing. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis gebunden 2 M.

Der in Arbeiterkreisen wohlbekannte Herausgeber der Gedächtnissammlung „Im Strom der Zeit“ hat diesem Buche jetzt eine Sammlung von Prologen für Arbeiterfeste folgen lassen. Die einzelnen Dichtungen sind Gelegenheitsarbeiten und enthalten das Werk Prolog für Gründungsfeste aller Berufe, für Delegientage, Frauenfeste, Jugendfeste, humoristische Abende usw. Das Buch dürfte daher vielen Bibliotheken eine willkommene Bereicherung sein.

Das kommunale Wahlrecht. Von Paul Hirsch und Hugo Lindemann. Zweite ergänzte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S. B. 68. Vereinsausgabe 10 Pf.

Arbeitersekretariat und Gewerkschaftskartell. Ludwig Berg, i. Br. Jahresbericht für 1910. Verlag des Gewerkschaftskartells.

*) Nummerung der Redaktion. Die Annahme des Einsenders ist ungünstig. Neben die Erstzählungnahme des Verbandsvorstandes wird bereits im Jahrbuch 1907 auf Seite 174 wie folgt berichtet:

Auch von den Maschinenarbeiter wurde der schon in früheren Jahren abgelehnte Antrag auf Einberufung einer Konferenz wiederholt eingereicht. In Begleitung des Kölner Verbandsstagsbeschlusses, welcher die Abhaltung von Branchenkonferenzen nur dann für angebracht erklärt, wenn es sich um besondere, für sich abgeschlossene Berufe handelt, mußte der Vorstand an seiner Ablehnung festhalten.“

